

Politische Berichte

Zeitschrift für sozialistische Politik



- **Koalitionsverhandlungen: Ein gleitender Übergang zum Wahlprogramm der Union – Seite 4**
- **Irak: Der andere Widerstand gegen Besatzung und Privatisierung – Seite 8**
- **Niedersachsen: Landesbeschäftigte im Streik – Seite 13**
- **Baden-Württemberg: Streik und Tariferfolg bei den Universitätskliniken – Seite 15**
- **Menschenverletzungen beenden, EU-Grenzen öffnen, Kooperation mit Afrika entwickeln! – Seite 19**

Ausgabe Nr. 21 am 19. Oktober 2005, Preis 1,80 €



Gegründet 1980 als Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten unter der Widmung „Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch“. Fortgeführt vom Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften.

Politische Berichte

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK
– ERSCHEINT VIERZEHN TÄGLICH

Herausgegeben vom: Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. Herausgeber: Barbara Burkhardt, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Claus-Udo Monica, Brigitte Wolf.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft; Auslandsberichterstattung: Christiane Schneider (verantwortlich), GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 188820, Fax: 040 / 43 188821. E-mail: gnn-hhsh@hansenet.de – Alfred Küstler, GNN-Verlag, Postfach 60 02 30, 70302 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Regionales / Gewerkschaftliches: Martin Fochler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32, e-mail: pb@gnn-verlage.de

Diskussion / Dokumentation: Rüdiger Lötzer (verantwortlich), Postfach 210112, 10501 Berlin, e-mail: gnn-berlin@onlinehome.de – Hardy Vollmer; GNN-Verlag, Wilhelmstraße 15, 79098 Freiburg, Fax: 0761 / 34961

In und bei der PDS: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7, Tel. 0221 / 211658, Fax: 0221 / 215373. E-mail: gnn-koeln@netcologne.de

Termine: Christiane Schneider, Anschrift s. Aktuelles.

Die Mitteilungen der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht. Adresse GNN Hamburg

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7 und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 1,80 €. Ein Halbjahresabonnement kostet 29,90 € (Förderabo 42,90 €), ein Jahresabonnement kostet 59,80 € (Förderabo 85,80 €). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 54,60 €, Sozialabo: 46,80 €. Ausland: + 6,50 € Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart

Politische Berichte

– zum Abonnieren – zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

o 4 Ausgaben für 10 € (beilegen) zum Kennenlernen

o Halb- o Jahresabo (29,90 / 59,80 € je Einzelabo)

o Halb- o Jahres-Förderabo (42,90 / 85,80 €)

o Halb- o Jahres-Sozialabo (23,40 / 46,80 €)

o Halb- o Jahresabo neue Länder (27,30 / 54,60 €)

o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Einsenden an: GNN-Verlag, Postfach 600230, 70302 Stuttgart

DIHT für „innovative Nukleartechnologien“

www.diht.de 14.10. maf. Der Deutsche Industrie und Handelskammertag DIHT fordert in einem 15-Punkte-Grundsatzpapier, dass der Ausstieg aus der Kernenergienutzung zurückgenommen werden müsse. Gemeint ist damit nicht nur die Laufzeitverlängerung der bestehenden Kernkraftwerke. Das Streben nach Wiedereinstieg in die Nukleartechnologie ist sorgfältig verpackt, in der Presseerklärung zum Dokument heißt es, „alle Energietechnologien müssen in eine breit angelegte Energieforschungsstrategie einbezogen werden. Über Kohle, Gas und Öl hinaus müssen wir die Potenziale weiterer Energieträger – insbesondere bei Kraftstoffen und in der Wärmeerzeugung – erschließen.“ Und dann: „Durch gezielte Forschung muss die Grundlage für bezahlbare Technologien im Bereich erneuerbarer Energien gelegt werden. Attraktive und verlässliche Rahmenbedingungen müssen aber auch für innovative Nukleartechnologien geschaffen werden.“

Leiharbeit und Konjunktur

Bundestag, 14.10. alk. Die alte Bundesregierung hat noch einen Bericht über die „Anwendung des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes“ (Drucksache 15/6008), also die Leiharbeit, vorgelegt. Der Bereich Personal-Service-Agenturen habe floriert, meint die Regierung. Darüber sollten Arbeitslose zunächst leihweise überlassen in eine dauerhaftere Beschäftigung finden. Die vorgelegten Zahlen sind nicht berauschend: etwas mehr als 73.000 Beschäftigte haben 2003 und 2004 eine PSA durchlaufen, knapp 24.000 kamen danach in eine Beschäftigung.

Die eigentliche Leiharbeitsbranche dagegen boomt. 2004 gab es im Jahreschnitt 385.256 Leiharbeitnehmer. Im Jahr 2000 waren es noch 328.011 gewesen. Der Höchststand sei im August 2004 mit 430.574 Leiharbeitnehmern erreicht worden. Inzwischen, so die Regierung, ist jede dritte Leiharbeitskraft weiblich. Der Anteil der ausländischen Arbeitnehmer an allen Leiharbeitnehmern sei zwischen 2000 und 2004 von 18 auf 15 Prozent gesunken. Die kurzfristigen Verträge von bis zu drei Monaten Dauer überwiegen.

Über die Einkommen der Leiharbeiter sagt der Bericht nichts, aber die Aussage, dass rund ein Drittel „Hilfsarbeiten ohne nähere Tätigkeitsangabe“ ausübte, bei den ausländischen Beschäftigten sogar fast die Hälfte, spricht dafür, dass Leiharbeit sich hauptsächlich in der Niedriglohnzone abspielt. Typisch scheint auch der Wechsel von Arbeitslo-

sigkeit und Beschäftigung in Leiharbeit: Rund 70 Prozent waren vor der Aufnahme der Leiharbeit arbeitslos oder noch nie beschäftigt gewesen, auch die starken saisonalen Schwankungen sprechen dafür, dass die Leiharbeit häufig eine unstete Beschäftigung ist.

Streit um Ausbildungskrise

Bundeswirtschaftsministerium, 12.10. rül. Die Bundesregierung und die Partner des „Ausbildungspaktes“ (Bundesagentur für Arbeit, BDA, BDI und DIHK) haben zum Abschluss des Berufsberatungsjahres erneut eine positive Bilanz ihres Paktes behauptet. Die „rechnerische Lücke“ zwischen den – nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit – 40.900 noch nicht in einen Ausbildungsplatz vermittelten Jugendlichen und noch nicht besetzten Ausbildungsplätzen (12.600) habe sich gegenüber dem Vorjahr verringert. Tatsächlich waren Ende September 2004 nach Zahlen der Bundesagentur 30.700 Jugendliche mehr auf der Suche nach einem Ausbildungsplatz als Plätze unbesetzt. Die „Lücke“ verringerte sich also von 30.700 auf 28.600. Insofern stimmt der „Erfolgsbericht“ von Regierung und Arbeitgebern. Die Wirklichkeit sieht aber anders aus. So wurden der Agentur für Arbeit zwischen Oktober 2004 und September 2005 bundesweit nur 471.500 ab Herbst dieses Jahres neu zu besetzende Ausbildungsstellen gemeldet. Das waren 48.400 Stellen weniger als im Vorjahr. Im gleichen Zeitraum meldeten sich 740.000 Bewerber bei der Agentur auf der Suche nach einem Ausbildungsplatz. Von diesen schieden 132.000 wieder aus, weil sie eine weiterführende Schule gefunden hatten, 82.600 nahmen eine Arbeit auf, erhielten also gar keine Berufsausbildung, und weitere 33.200 nahmen sog. „berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen“ auf. Relativ zu den Altersjahrgängen wächst damit der Anteil der jungen Menschen, die gar keine berufliche Ausbildung oder nur eine Billigausbildung erhalten. Gleichzeitig wächst die Arbeitslosigkeit unter Jugendlichen. Im Juli 2005 lag die Arbeitslosenquote bei Personen unter 25 Jahren laut Bundesagentur bei 12,8 Prozent, also über dem Durchschnitt. Fast die Hälfte dieser jungen Arbeitslosen hat keine berufliche Qualifizierung.

Wohnen in der Innenstadt – ein zunehmender Trend

difu. scc. Eine bereits im September erschienene Studie des Deutschen Instituts für Urbanistik belegt einen zunehmenden Trend zum Wohnen in der Innenstadt. Grundlage der Studie sind Untersuchungen in vier der sieben Me-

Politische Berichte im Internet: www.gnn-verlage.com

tropen in Deutschland, Leipzig, München, Hamburg und Berlin. In Leipzig z.B. würden nur 3,8%, in München nur 6,8% der Befragten im Umland wohnen wollen, hätten sie freie Wahl. 45% der Befragten in München könnten sich sogar vorstellen, angesichts der Parkplatznot zugunsten des Innenstadtwohns auf ihr Auto zu verzichten. Hintergrund der Entwicklung der neuen Wohnpräferenzen, die in der Studie als langanhaltende Trends, nicht als Modeerscheinung qualifiziert werden, ist die Entwicklung des – im Wesentlichen unternehmensorientierten – Dienstleistungssektors und damit zusammenhängend der Anstieg hochqualifizierter Arbeitsplätze in den Innenstädten der Großstädte. Die Studie zeigt, dass ganz überwiegend die gehobene Mittelschicht in die innenstadtnahen Quartiere wechselt: In den Untersuchungsgebieten sei das Bildungsniveau außerordentlich und das Haushaltseinkommen über dem jeweiligen städtischen Durchschnitt. Folge der steigenden Nachfrage wohlsituerter Bevölkerungsteile sind, man kann es in Hamburg gut beobachten, die Renovierung und Sanierung des Wohnungsbestandes im innenstadtnahen Bereich und die Wiedernutzung innenstadtnaher Brach- und Recyclingflächen zur Schaffung von Wohnraum im Hochpreissektor. Ärmere Bevölkerungsteile werden verdrängt, und in den Innenstädten breiten sich zunehmend Quartiere mit sehr spezifischen sozialen Milieus aus.

(Wohnen in der Innenstadt – eine Renaissance? Difu-Beiträge zur Stadtforschung, Bd. 41, 336 S., Euro 29, ISBN 3-88118-392-2, Bestellung über verlag@difu.de)

Cicero-Affäre: Schily sieht keinen Korrekturbedarf

Handelsblatt, 14./15.10. rül. Innenminister Schily hat auch bei der Sondersitzung des (alten) Innenausschusses des Bundestags am 13. Oktober keinen Grund gesehen, das Verhalten der staatlichen Organe in der „Cicero-Affäre“ zu korrigieren. Am 12. September hatten Beamte des Bundeskriminalamtes Büroräume des Magazins „Cicero“ und die Privaträume eines Journalisten durchsucht und dabei große Mengen Akten beschlagnahmt. Schily hatte die Durchsuchung genehmigt. Hintergrund war ein Bericht des Magazins im April gewesen, in dem das Blatt in einem Bericht über den „Terrorismusverdächtigen“ Abu Mussab al Sarkawi aus einem internen Papier des Bundeskriminalamtes zitiert hatte. Seitdem sucht das BKA die interne Stelle, die das Papier an den Cicero-Journalisten weitergab. Gefunden wurde bei der Durchsuchung nichts dergleichen. Während Schily sich auf den Vorrang der Terrorismusbekämpfung beruft, kritisierten die Abgeordneten die Aktion als „unverhältnismäßig“. Journalisten und Gewerkschaf-

ten fordern gesetzliche Korrekturen. „Die Polizei hat von 1987 bis 2000 mehr als 150 Redaktionsräume sowie Privatwohnungen von Journalisten durchsucht und Recherchematerialien beschlagnahmt. In keinem einzigen Fall ist es zu einer Verurteilung des verdächtigen Journalisten gekommen“, berichtet das „Handelsblatt“. FDP und Grüne kündigten nach der Sondersitzung an, solche Änderungen anzustreben. In Zukunft soll ein „dringender Tatverdacht“ erforderlich sein. Ob die Anträge von Grünen und FDP aber bei den neuen Mehrheiten im Bundestag durchkommen, steht auf einem anderen Blatt. Erste Signale aus SPD und CDU/CSU sind offenbar negativ.

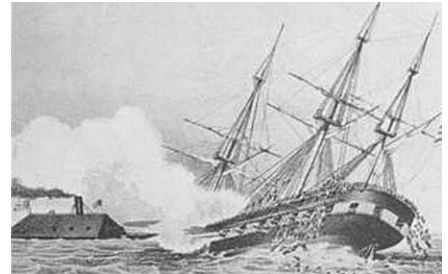
Offener Streit in EU zu WTO-Verhandlungen

dpa/yahoo, 15.10. hav. Zwei Monate vor der WTO-Ministertagung in Hongkong gibt es in der EU offenen Streit über den Verhandlungskurs bei den Agrarsubventionen. Paris wehrt sich gegen die Absicht der EU-Kommission, Agrarhilfen zu kürzen und damit den EU-Markt stärker zu öffnen. Frankreich will die für Handelsfragen zuständige EU-Kommission bewegen, weniger Agrarzugeständnisse an die USA und die Länder der Dritten Welt zu machen. Der US-Handelsbeauftragte Rob Portman hatte von der Europäischen Union weitere Zugeständnisse bei den Agrarverhandlungen in der Welthandelsrunde verlangt. Er sei enttäuscht, dass die EU auf die jüngsten US-Vorschläge nicht mit gleichen großzügigen Angeboten reagiert hätten. Washington hatte Anfang der Woche vorgeschlagen, Agrarhilfen über fünf Jahre um 60 Prozent zu senken und Exportsubventionen bis 2010 zu streichen – wenn die Handelspartner mitziehen. Er forderte auch die Schwellenländer der G20-Gruppe, darunter Brasilien, China und Indien, auf, ihrerseits die Zölle stärker zu senken und die Märkte schneller zu öffnen.

Großbritannien fordert EU-Staaten zu höheren Militäretats auf

APA/Reuters, 17.10. hav. Großbritannien hat die anderen EU-Staaten aufgefordert, ihre Verteidigungsausgaben zu erhöhen. Nach dem Ende des Kalten Krieges habe sich insbesondere durch den Terrorismus eine neue Problemlage entwickelt, gegen die sich die Staatengemeinschaft absichern müsse, sagte der britische Verteidigungsminister John Reid. Bei einem Treffen mit seinen Amtskollegen im westenglischen Lynham richtete er einen Appell vor allem an die osteuropäischen EU-Mitgliedsländer, auch wenn es verständlich sei, dass diese sich in den vergangenen Jahren auf ihr Wirtschaftswachstum konzentriert hätten. Sinnvoll seien Militär-

ausgaben in Höhe von etwa 2,5 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP), sagte Reid. Außer Großbritannien investieren nur Frankreich und Griechenland solche Summen. Die meisten EU-Staaten geben weniger als zwei Prozent des BIP aus. Zusammen belaufen sich die Militärausgaben der EU-Länder auf 180 Milliarden Euro pro Jahr. Das ist knapp die Hälfte des US-Verteidigungsetats.



United Internet Team Germany

maf. Erst in einer, dann in mehreren Zielregionen hat der Internetanbieter 1und1 seine Server so eingestellt, dass bei jedem Neuaufbau der Verbindung die 1und1-Startseite erscheint. Bei Abnehmern mit Flatrate kein Problem, ist der Vorgang für Abnehmer von Zeitpaketen so lästig, dass Betroffene Virusbefall vermuten. Letztlich führt ein Anruf beim kostenpflichtigen Kundenservice von 1und1 zu der Information, dass das unerwünschte Angebot weit hinten drin im Kundenlogin abgestellt werden kann. 1und1 erhöht auf diesem Wege die Zahl der Aufrufe seiner Startseite, was für den Verkauf von Werbebannern wichtig sein mag. 1und1 stiehlt vielen Kunden kleine Zeitsegmente und macht daraus Gewinn. Das unverfrorene Geschäftsgebaren ist nur möglich, weil der Betrag, um den der einzelne Kunde geprellt wird, so klein ist, dass ein Streit sich nicht lohnt, während ein Wechsel des Anbieters für die Abnehmer doch ziemlich aufwendig wäre. In einer solchen Welt ist der Internetunternehmer Dommermuth so groß geworden, dass er, wir berichteten mehrfach, im Hochseeregattasport mit 50 bis 100 Millionen Euro als Sponsor für das „United Internet Team Germany“ auftritt. Nachdem Dommermuths Schiff, begleitet von schweren Unfällen, beständig ganz weit hinten blieb, ereignete sich als nächstes eine gerichtliche Auseinandersetzung mit dem Manager des Unternehmens, Uwe Sasse, der jetzt – nach Kündigung, Wieder-ins-Team-Klagen und neuerlichem Verfahren auf der Basis eines Vergleichs mit Dommermuth – geht. Die „Frankfurter Allgemeine“, die eine erfolgreiche deutliche Hochseeyacht gerne sähe, analysiert, dass den Herren Sasse, Management & Idee, und Dommermuth, Geld & Geltungsdrang, ein starker Segelexperte gefehlt habe. – Ein denkwürdiger Fehler.

Zusammenstellung: alk

Ein gleitender Übergang zum Wahlprogramm der Union

Die Personalfragen der Regierungsbildung sind fürs erste entschieden, aber was wird im Koalitionsvertrag zwischen SPD, CDU und CSU stehen? Schemenhaft zeichnet sich ein gleitender Übergang von einer rot-grünen zu einer schwarzen Politik ab. Er wird am ehesten an dem hohen Rang sichtbar, den die Konsolidierung der Staatsfinanzen einnimmt. Hatte die rot-grüne Koalition seinerzeit sich den Maßstab der Arbeitslosenziffer gesetzt, steht

jetzt obenan das Ziel der Maastrichtkriterien, d.h. eines Wachstums der Staatsverschuldung um nicht mehr als 3 Prozent im Jahr. Zweitens ist man sich einig, dass die staatliche Investitionstätigkeit keineswegs zurückzunehmen ist. Im Gegenteil, die öffentliche Hand soll bei der Entwicklung von so genannten Zukunftstechnologien unternehmerisch einsteigen. Das bedeutet drittens, dass die Konsolidierung der Staatsfinanzen erfolgen muss: durch direkte

Kürzungen der Zuflüsse, die das Sozialwesen aus dem Steuerhaushalt hat, durch Kürzung von Subventionen, durch Rückbau öffentlicher Dienste, durch Kostensenkung bei der Bereitstellung öffentlicher Dienstleistungen. Wer da genau zum Opfer erkoren wird, ist noch unklar. Wahrscheinlich ist, dass die Lasten im Bereich der nachfrage-schwächeren Bevölkerungsteile anfallen werden. Die Reaktionen insbesondere der CSU zeigen jedoch, dass man

IG Metall: „Kurswechsel ist notwendig“

Die IG Metall bleibt bei ihrer Forderung nach einem „Kurswechsel“ in der Bundespolitik. In der neuen Ausgabe der vom Vorstand der IGM herausgegebenen „wirtschaftspolitischen Analysen“ wird dabei insbesondere die gewerkschaftliche Forderung nach einem „Zukunftsinvestitionsprogramm“ bekräftigt. 800.000 neue Arbeitsplätze könnten dadurch geschaffen werden, habe eine Studie der Hans-Böckler-Stiftung ergeben. Weiter heißt es in dem Papier:

„Das neoliberale Experiment ist gescheitert – Das gilt in zweierlei Hinsicht: Zum einen haben die Bürger dieses Landes dem neoliberalen Experiment die demokratische Legitimation entzogen. Die wichtigsten Protagonisten eines solchen Kurses, CDU/CSU und FDP, haben keine Mehrheit bekommen. Die SPD wurde mit kräftigen Wahlverlusten abgestraft, weil sie mit der Agenda 2010 auf diesen Kurs eingeschwenkt war. Nur die Betonung der sozialen Komponente im Wahlkampf hat für sie Schlimmeres verhindert. Die Linkspartei ist mit einem beachtlichen Stimmenanteil in das Parlament eingezogen. Die beiden großen Parteien haben viel von ihrer Bindungskraft verloren. Die Verlierer der neoliberalen Politik haben sich stark von ihnen abgewandt. Die gebetsmühlenartig von den Medien verbreitete Meinung, nur durch noch mehr Lohnverzicht, noch mehr Sozialabbau und noch weniger Staat ließen sich Wachstum und Arbeitsplätze schaffen, hat angesichts der langjährigen und schmerzhaften Erfahrungen nicht mehr verfangen. Zum anderen ist der bisherige

Kurs ökonomisch gescheitert. Grundlage für einen Neuanfang muss eine schonungslose Analyse der Lage sein, die ohne ideologische Scheuklappen Bilanz zieht. Das Scheitern eines langjährigen Experiments ist nicht mehr zu leugnen. „Keine der vielbeschworenen Reformen, weder die weichgespülten von Rot-Grün noch die harten von Schwarz-Gelb, zaubern Beschäftigung und Einkommen aus dem Hut“ (Heiner Flassbeck in der Financial Times Deutschland).

Die Situation ist allerdings nicht so schlecht, wie sie oft dargestellt wird. Es existiert eine leistungsfähige und wettbewerbsfähige Industrie, was durch die Exporterfolge eindrucksvoll untermauert wird. (...)

Mangelnde Binnennachfrage verhindert einen nachhaltigen Aufschwung – Trotz der hohen Wettbewerbsfähigkeit gibt es allerdings massive Probleme:

- Die Arbeitslosigkeit bewegt sich mit 4,65 Millionen registrierten Arbeitslosen (Sept.) auf höchstem Niveau.
- Seit dem Konjunkturerinbruch 2000 ist die Wirtschaft kaum noch gewachsen, die längste Stagnationskrise in der Geschichte der Bundesrepublik.
- Die Erosion der öffentlichen Finanzen zeigt sich in der historisch niedrigen öffentlichen Investitionsquote von 1,3 Prozent des BIP (2005), dem Abbau der sozialen Leistungen und wachsender Verschuldung.
- Immer mehr Menschen leben in den sozialen Sicherungssystemen in Armut, aber auch der Niedriglohnbereich wächst rasant.

Alle diese Probleme werden durch einen neoliberalen Wirtschaftskurs verschärft, die versprochenen Wachstumserfolge können dagegen durch die schwindende Binnennachfrage nicht eintreten.

Mit einer neuen Wirtschaftspolitik können fast eine Million neue Stellen entstehen

Die IG Metall fordert seit Jahren ein Zukunftsinvestitionsprogramm (ZIP), mit dem unmittelbar neue Arbeitsplätze entstehen und über eine verbesserte In-

frastruktur Lebensqualität und die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie zu nehmen.“

Dieses Programm solle die neue Regierung auflegen. Gedacht ist dabei von gewerkschaftlicher Seite vor allem an Investitionen in die kommunale und regionale Infrastruktur, Schulen, Kindergärten, Krankenhäuser, Verkehrswege usw. Allerdings seien die Aussichten, dass die beiden künftigen Regierungsparteien ein solches Programm auflegen, wohl eher gering, da beide Parteien den Vorrang der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte betonten.

Besorgt äußert sich die IG Metall auch über Pläne für weitere Steuersenkungen für Unternehmen:

„Weitere Entlastungen für Unternehmen vorgezeichnet: das Steuerkonzept der Stiftung Marktwirtschaft – Die Stiftung Marktwirtschaft ist eine Ideenschmiede und Lobbyorganisation für neoliberale Reformen. Sie ... hat eine Kommission Steuergesetzbuch ins Leben gerufen, die jetzt eine Steuerkonzeption vorgestellt hat:

- Einführung einer dualen Einkommenssteuer, bei der für Unternehmen andere Steuersätze als für Privatpersonen gelten.
- Diese Unternehmenssteuer gilt unabhängig von der Rechtsform (Personen- oder Kapitalgesellschaften), Ausnahmeregelung für Kleinstunternehmen.
- Neuordnung der Kommunalfinanzen mit der Abschaffung der Gewerbesteuer.

Von den Medien und den großen Parteien hat der Entwurf bereits viel Lob geerntet. Er setzt die Tendenz der Steuerdebatte der letzten Jahre fort. Gewinner sind vor allem die Unternehmen. (...) Verlierer könnten die Kommunen werden, die zwar Kompensationen für den Wegfall der Gewerbesteuer erhalten, die aber nicht ausreichen dürfte. Die gesamte Steuerbasis der öffentlichen Hand würde weiter erodieren. Erste Schätzungen sprechen von Mindereinnahmen von über 15 Milliarden Euro.“

(alle Zitate aus: Wirtschaft aktuell, hrsg. vom Vorstand der IG Metall, 11. Oktober 2005)

aber auch mit der Bindung der konservativen Wählerschaft an Grundwerte wie Nächstenliebe rechnet, die aber erst knapp vor dem Verhungern greift.

So werden die Belastungen vor allem im Bereich der Arbeiter- bzw. der niedriger bezahlten Angestelltentätigkeiten hängen bleiben, also in den Sektoren, in denen die DGB-Gewerkschaften die große Zahl ihrer Mitglieder gewinnen. Es ist aber auch ein Feld von Berufen und Fertigkeiten, die seit vielen Jahren schwächer nachgefragt werden. Auf allen Märkten ist die Wirkung bereits eines kleinen Überangebots auf die Preisbildung so hoch, dass es sich für die Anbieter lohnen kann, einen Teil ihrer Pro-

duktion zu vernichten, zu verschrotten oder sonst wie vom Markt zu nehmen. Die Anbieter der Arbeitskraft haben diese Möglichkeit generell nicht, im Zuge des Generationsumschlages entlasten allerdings z.B. Regelungen zur Frühverrentung den Arbeitsmarkt in diesem Sinne ebenso wie die Beförderung von Berufsanfängern in Bereiche wachsender Nachfrage. Wenn man also davon ausgeht, dass die große Koalition ihren Rückhalt bei den Bürgern mit höherem Einkommen pflegen will, wird es darauf hinauslaufen, dass der Staat sich bei jenen Bürgerinnen und Bürgern bedient, die auch im Arbeitsmarkt unter Druck stehen. Vor diesem Hintergrund

ein Rückblick auf das Wahlergebnis, das, wie auch in dieser Zeitschrift betont wurde, vor allem ergeben hat, dass der von Schwarz-Gelb geplante Rückschnitt der gewerkschaftlichen und betrieblichen Vertretungsrechte keine Mehrheit in der Bevölkerung findet. Beachtlich und mehr als eine Randerscheinung ist in diesem Zusammenhang auch der Zustrom, den ein sog. Sozialverband wie der VdK in den letzten Monaten erfahren hat. Eine gesellschaftliche Neugier ist mit der Bereitschaft der Gewerkschaften gegeben, die Verhältnisse im Niedriglohnsektor durch Aktionen anzugreifen. Die Kritik solcher Zustände hat Tradition, Aktionen dagegen aber



BDA: schlanker Staat, Abbau der Sozialversicherungen, weniger Kündigungsschutz

Ganz anders dagegen sind die Anforderungen der Arbeitgeberverbände. Auf einer Pressekonferenz stellte BDA-Chef Dieter Hundt am 13. Oktober sie vor. Darin fordert er von der künftigen Regierung „große Projekte“. Diese bestehen für den BDA in der seit Jahren verbreiteten Litanei: Steuersenkung für Unternehmer, Abbau der Arbeitgeberbeiträge zur sozialen Sicherung, Reform des Föderalismus und weniger Kündigungsschutz für Beschäftigte. Tatsächliche Reformen der sozialen Sicherung, wie sie etwa für Krankenversicherungen von Ulla Schmidt bereits angedeutet wurden (Versicherungspflicht für alle, Gleichstellung privater und gesetzlicher Versicherungen, Kostendämpfung im Pharmabereich), mehr Ausgaben für Forschung und Entwicklung, bessere Kindergärten, Ganztagschulen usw., kurz alles, was eine bessere Ausbildung und mehr Chancengerechtigkeit für abhängig Beschäftigte zur Folge hat, kommen im BDA-Katalog nicht vor. Hier Auszüge:

„Die ersten Weichen für eine große Koalition sind gestellt. Jetzt geht es darum, ein Arbeitsprogramm für die nächsten Jahre zu vereinbaren, das eine klare Priorität für Wachstum und Beschäftigung setzen muss. (...) Dazu gehört als erstes die schwere Aufgabe zur Konsolidierung der Finanzen. Das erfordert mutige Entscheidungen, damit wir den Staatsbankrott abwehren und Handlungsspielräume zurückgewinnen. Dazu gehört die Reform des Föderalismus. Ein schlanker, effektiver Staat, der nicht mehr Geld ausgibt als er einnimmt, mit einem radikalen Bürokratieabbau und klaren, neu geordneten Kompetenzen zwischen Bund und Ländern muss das Ziel sein. Ein weiteres Großprojekt muss die grundlegende Sanierung unserer Sozialversicherungen sein. Die Regierung Kohl wollte bereits unter 40 Prozent Beitragssatz kommen, die Regierung

Schröder hatte das gleiche Ziel. Beide Regierungen sind an diesem Ziel gescheitert und haben dadurch die Beschäftigungsprobleme in unserem Lande zweifellos verschärft. Ich halte es für möglich und rate der großen Koalition dringend, das Projekt Strukturreformen in der Sozialversicherung gleich zu Beginn der neuen Legislaturperiode anzugehen, um möglichst schnell unter 40 Prozent zu kommen.

Hier kann die große Koalition zeigen, dass sie in der Lage ist, mehr zu bewirken als ihre Vorgängerregierungen. Lassen Sie mich einige Handlungsfelder beschreiben, die aus Sicht der Wirtschaft für eine große Koalition vordringlich sind:

1. Die Sanierung der Staatsfinanzen steht zweifellos an erster Stelle. Dazu gehört ein radikaler Abbau von Subventionen. Die Koch/Steinbrück-Liste war ein durchaus erfolgversprechender Einstieg. (...)

2. Wenn schon im Moment keine Steuerensenkungen möglich sind, so sollte gleichwohl an dem Ziel einer großen Steuerreform festgehalten werden, um das Steuerrecht zu vereinfachen, die Steuersätze abzusenken und langfristig auch die Steuerlast insgesamt zu senken. Ich erwarte ferner, dass CDU/CSU und SPD die steuerpolitischen Vereinbarungen des Job-Gipfels vom März umsetzen und die Sätze bei der Körperschaftssteuer als ersten Schritt zu einer Unternehmenssteuerreform deutlich absenken. Noch wichtiger ist, dass – wie im März bereits vereinbart – die Erbschaftssteuer bei Fortführung der Unternehmen entfällt. (...)

3. Es gibt akuten Handlungsbedarf in der Rentenversicherung. (...)

4. In der Kranken- und Pflegeversicherung treten wir für die vollständige Ablösung der Finanzierung vom Arbeitsverhältnis ein. (...)

5. Auch die Pflegeversicherung steht vor einer grundlegenden unausweichlichen Reform. Die Rücklagen sind nahezu aufgezehrt. Die ständigen Defizite müssen beseitigt werden. (...)

6. In der Arbeitslosenversicherung kann

und muss im kommenden Jahr eine Senkung der Beiträge umgesetzt werden. Vorschläge für weitere ausgabenreduzierende Strukturreformen liegen auf dem Tisch. Es ist bereits im nächsten Jahr eine nachhaltige Beitragssenkung möglich.

7. Ob eine Erhöhung der Mehrwertsteuer zur Absenkung der Lohnzusatzkosten vertretbar ist, hängt von klaren Bedingungen ab (...)

8. Ich appelliere an die Koalitionspartner, eine grundlegende Vereinfachung des Arbeitsrechtes in das Arbeitsprogramm aufzunehmen. Wir kommen an einer weiteren Flexibilisierung des Arbeitsmarktes nicht vorbei. Wir müssen Hemmnisse gegen Neueinstellungen abbauen. (...)

9. Ich begrüße, dass die Koalitionspartner angekündigt haben, mit den Tarifparteien über die Absicherung betrieblicher Bündnisse für Arbeit zu sprechen. Uns ist klar, dass sich eine große Koalition nicht auf eine so weitgehende Änderung des Tarifrechtes verständigen wird, wie wir dies vorgeschlagen haben oder wie dies z. B. im Wahlprogramm von CDU/CSU vorgesehen war. (...)

In einigen Branchen aber haben wir seit 2003 trotz aller Anstrengungen keine Fortschritte erzielt, z.B. im Handel und in der Druckindustrie. Diesen Branchen ist nicht damit geholfen, dass wir auf die Öffnungserfolge der anderen Branchen verweisen. Es darf nicht sein, dass ganze Branchen auch weiterhin vom Prozess der tariflichen Öffnung ausgeschlossen sind. Es gilt mehr denn je: Wir müssen das gesetzliche Tarifrecht fortentwickeln, um betriebliche Bündnisse für Arbeit im Rahmen der Flächentarifverträge zu fördern und auch in denjenigen Branchen zu ermöglichen, in denen sie bisher noch fehlen oder blockiert werden.

Eine große Koalition wird viele kontroverse Themen haben. Das zuletzt genannte Arbeits- und Tarifrecht gehört dazu. (...)

(„Erwartungen der deutschen Wirtschaft für die Koalitionsverhandlungen“, 13.10.05, zu finden unter www.bda-online.de)

→ sind hierzulande was Neues. Die Gewerkschaften sehen ihre Verantwortung und vielleicht auch Chancen im Bereich der prekären Beschäftigungen, aber es ist klar, dass all diese Aktivitäten und Aktionen nur angelehnt an die Bereiche funktionieren, in denen Gewerkschaften streikfähig sind, d.h. die Arbeitgeber in ihren Profiterwartungen hart treffen können.

Wie sich hier die Marktverhältnisse entwickeln, ist wirklich schwer zu sagen, denn bereits ein relativ gelindes Anziehen der Konjunktur würde an vielen Stellen einen Mangel an geeignet

qualifizierten Arbeitskräften sichtbar machen, da würde quantitativ wenig qualitativ viel ändern, z.B. was die Drohung mit Kündigung betrifft. Was sich heute sagen lässt, ist, dass der Druck auf den Lebensstandard der einkommensschwächeren Beschäftigten zunehmen wird, während die Chancen, vom Staat zugefügte Verluste im gewerkschaftlichen Verteilungskampf wieder hereinholen zu können, unklar sind, wie die Konjunkturaussichten.

Ein anderes Moment des Wahlergebnisses war die Konstituierung der Linkspartei noch vor den Grünen. Die

Linkspartei steht als Oppositionspartei vor allem in der Pflicht, auf die Folgen hinzuweisen, die Regierungspolitik hat, und zwar so rechtzeitig, dass die Öffentlichkeit, die Gewerkschaften, die Sozialverbände eine Chance habe, im Gesetzgebungsverfahren etwas zu bewirken. In diesem Sinne will wohl auch das 100-Tage-Programm gelesen werden, das eine Reihe konkreter Forderungen auflistet, die ganz bestimmt nicht Gegenstand des Koalitionsvertrages werden, sondern höchstens Maßstab und Ausgangspunkt von Kritik bilden.

maf

Veränderung braucht uns – 100-Tage-Programm der Bundestagsfraktion DIE LINKE. (17.10.2005)

1. Weg mit Hartz IV – soziale Grundsicherung einführen – Wir lehnen die Grundlage der Hartz IV-Gesetze ab: Arbeitslosigkeit ist kein individuelles Verschulden, sondern Gegenstand gesellschaftlicher Verantwortung. Deshalb wollen wir eine bedarfsorientierte soziale Grundsicherung einführen, mit der die Entwürdigung von Arbeitslosen beendet wird. Als ersten Schritt dahin werden wir einen Gesetzentwurf zur grundlegenden Änderung der Hartz-IV-Gesetze vorlegen:

- Anhebung des Arbeitslosengeldes II auf 420 Euro in Ost und West (zuzüglich Kosten der Wohnung)
- Höhere Freibeträge für Ersparnisse, vor allem zur Alterssicherung
- Ausschluss der Zumutbarkeit von untertariflich bezahlter Arbeit
- deutliche Verbesserung der Zuverdienstmöglichkeiten
- Aufhebung der Regelungen zu Bedarfsgemeinschaften
- Gewährung des Krankenversicherungsschutzes für alle
- Beendigung der Enteignung älterer Arbeitsloser durch Verlängerung der ALG I-Bezugsdauer
- Beendigung der völligen Durchleuchtung der Betroffenen

Unsere längerfristige Alternative ist die Umwandlung der Ein-Euro-Jobs in reguläre, sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse durch Einsatz der Mittel des ALG II, der Kosten für Unterkunft, der sog. Mehraufwandsentschädigung sowie weiterer öffentlicher Finanzmittel.

2. Abzug der Bundeswehr von Auslandseinsätzen und der US-Atomwaffen aus Deutschland – Wir werden das Auslaufen der Mandate für die Operationen „Enduring Freedom“ und „Active Endeavour“ Mitte November zum Anlass nehmen, die Beendigung dieser Mandate und erneut den Abzug auch der unter ISAF-Mandat operierenden Bundeswehrsoldaten aus Afghanistan zu fordern. Der KSK-Einsatz in Afghanistan ist sofort zu beenden. Auch eine Verlängerung der EU-Mission „Althea“ in Bosnien-Herzegowina muss überprüft werden. Wir werden die Bundesregierung auffordern, den Abzug

aller US-Atombomben aus Deutschland zu verlangen. Verbunden damit ist die Forderung nach einer Revision der NATO-Strategie von 1999, die die Option eines Einsatzes von Atomwaffen enthält, und die Aufgabe des völkerrechtswidrigen Konzepts der „nuklearen Teilhabe“ der Bundeswehr.

3. Mindestlohn einführen – Unser Ziel ist die Einführung des gesetzlichen Mindestlohns in Höhe von 1400 Euro brutto für ein Vollzeitarbeitsverhältnis. Insbesondere die Geringqualifizierten in unteren Lohngruppen sollen erreicht werden. Arbeit muss existenzsichernd sein. Dazu werden wir mit Anhörungen und Gutachten zur Vorbereitung dieser Gesetzgebungsinitiativen beginnen. Gegebenenfalls werden wir Unterstützungen begehren, damit auch kleinere Unternehmen Mindestlöhne zahlen können.

4. Mehr direkte Demokratie – zivilgesellschaftliche Strukturen stärken – Wir werden die Volksgesetzgebung wieder auf die Tagesordnung des Bundestages bringen und dafür u.a. vorschlagen, dass in Zukunft in Verbindung mit Bundestagswahlen eine Abstimmung über Sachfragen erfolgt. Wir wollen dafür kämpfen, dass Programme des Bundes zur Stärkung zivilgesellschaftlicher Strukturen fortgesetzt werden.

5. Beseitigung von Kinderarmut als ersten Schritt zur Sozialen Grundsicherung – Es ist ein Skandal, dass in unserem reichen Land über 1,7 Mio. Kinder in Armut leben. Deshalb werden wir als ersten Schritt hin zu einer bedarfsorientierten Grundsicherung vorschlagen, die Anrechnung des Kindergelds auf das ALG II und das Sozialgeld zu beenden.

6. Zukunftsinvestitionsprogramm für Deutschland – Fahrplan zur Angleichung der Lebensverhältnisse – Wir wollen ein Zukunftsinvestitionsprogramm im Haushalt des nächsten Jahres verankern. Die Gemeinschaftsaufgaben nach Art. 91a GG und die EU-Wirtschaftsfördermittel sollen auf Innovationsförderung und Förderung strukturschwacher Regionen ausgerichtet werden. Wir streben einen Fahrplan zur Gleichbehandlung an, ob bei der Rente, bei Löhnen oder Sozialleistungen. Als erstes werden wir ne-

ben der Angleichung der ALG-II-Sätze in Ost und West die Wiedereinsetzung des 2002 abgeschafften Parlementsausschusses Neue Länder als Ausschuss Neue Länder und regionale Strukturpolitik beantragen.

7. Steuergerechtigkeit – Wir wollen ein einfaches und gerechtes Steuersystem. Als ersten Schritt erarbeiten wir einen Gesetzentwurf zur Erhebung einer reformierten Vermögens- und Erbschaftsteuer. Statt einer binnenkonjunkturfeindlichen Mehrwertsteuererhöhung legen wir einen Antrag auf Einführung eines ermäßigten Mehrwertsteuersatzes von 7% auch beim Handwerk und bei apothekenpflichtigen Arzneimitteln vor.

8. Einführung einer Ausbildungsplatzabgabe – Wir werden einen Gesetzentwurf zur Förderung der Berufsausbildung einbringen: 290.000 betriebliche Ausbildungsplätze fehlen. Alle Versprechungen von Rot-Grün verwehten im Winde. Wir sagen: Wer nicht ausbildet, muss zahlen – wer ausbildet, muss unterstützt werden.

9. Bildung – gleicher Zugang, gleiche Qualitätsstandards für alle – Immer häufiger müssen Familien das Bundesland wechseln, um einer Erwerbstätigkeit nachgehen zu können. Das ist nur zu verantworten, wenn Kinder überall und unabhängig von der sozialen Herkunft gleichen Zugang haben und auf ähnliche Bedingungen im Bildungsbereich stoßen. Um Benachteiligungen zu verhindern, werden wir Initiativen zur Sicherung gleicher Qualitätsstandards für Bildung in ganz Deutschland, zur Bildungsfinanzierung und für die Sicherung des Rechtsanspruchs auf einen Kita-Platz ergreifen.

10. Initiative gegen die EU-Dienstleistungsrichtlinie – Die Europäische Kommission hat erneut beschlossen, an der Dienstleistungsrichtlinie festzuhalten. Der Bundestag hat am 30.6.2005 auf Antrag von Rot-Grün die Kommission aufgefordert, die Dienstleistungsrichtlinie zurückzunehmen und völlig zu überarbeiten. Wir werden umgehend eine parlamentarische Initiative in den Bundestag einbringen, mit der die Bundesregierung aufgefordert wird, gegen die Bolkestein-Richtlinie aktiv zu werden

Prominente Anwälte ziehen sich zurück

Die in Düsseldorf beheimatete „Preußische Treuhand“, eine Vorfeldorganisation mehrerer Vertriebenenverbände, die durch Klagen vor internationalen Gerichten die Rückgabe ehemaliger deutscher Besitztümer in Polen und anderen osteuropäischen Ländern erzwingen will, die 1945 als Kompensation für die deutschen Kriegsverbrechen enteignet worden waren, hat eine erneute ernsthafte Schlappe hinnehmen müssen: Die Anwälte laufen ihr davon. Aber die Kampagne soll weitergehen.

Ende September, kurz nach den Bundestagswahlen, hatte die „Treuhand“ angekündigt, sie habe jetzt eine „namhafte Kanzlei“ gewonnen, um die Klagen ihrer Aktionäre vor polnischen und europäischen Gerichten zu vertreten (Berliner Zeitung, 30.9.05). Mitte Oktober werde man Einzelheiten auf einer Pressekonferenz in Berlin mitteilen. Doch daraus wurde jetzt erst mal nichts.

Die groß angekündigte Pressekonferenz wurde einen Tag vorher sang- und klanglos abgesagt.

Im Dezember 2000 hatten die Ostpreußische Landsmannschaft und die Schlesische Landsmannschaft des „Bundes der Vertriebenen“ (BdV) die „Preußische Treuhand GmbH“ gegründet, die ein Jahr später in eine Kommanditgesellschaft auf Aktien umgewandelt wurde, um durch Klagen vor Gerichten eine „Rückgabe des im Osten von den Vertreiberstaaten völkerrechtswidrig konfiszierten Eigentums“ von deutschen Junkern, Firmen usw. zu erzwingen.

Zwar distanzierten sich nicht nur Vertreter der rot-grünen Bundesregierung und Bundespräsident Köhler von der „Treuhand“, auch die CDU/CSU und der „Bund der Vertriebenen“ (BdV) hielten nach außen hin Distanz zu den Aktivitäten der „Treuhand“. Tatsächlich aber kennt man sich und kooperiert bis heute insbesondere mit der CDU/CSU und dem „Bund der Vertriebenen“ bestens. So residiert die „Treuhand“ bis heute in der NRW-Filiale der ostpreußischen Landsmannschaft in Düsseldorf. „Treuhand“-Chef Pawelka ist CDU-Mitglied und erst vor einem Jahr, also lange nach Bekannt-Werden der Aktivitäten der „Treuhand“, erneut von seiner Partei aufgestelltes und auch direkt gewähltes Ratsmitglied in Leverkusen geworden. Im Aufsichtsrat der „Treuhand“ sitzt u.a. Hans-Günter Parplies, stellvertretender Vorsitzender des BdV.

Entsprechend groß waren und sind die Sorgen in Polen und anderen Staa-

ten, dass die Aktivitäten der „Treuhand“ keineswegs Absichten einiger weniger Spinner sind, sondern eine Erpressungskampagne einflussreicher deutscher Kreise mit möglicherweise weitreichenden Folgen. Der Warschauer Bürgermeister Lech Kaczynski, inzwischen aussichtsreicher Kandidat für das Amt des polnischen Staatspräsidenten, hatte ebenso wie das polnische Parlament nicht nur eine Zurückweisung solcher Ansprüche verlangt, sondern im Gegenzug polnische Entschädigungsforderungen für die deutschen Kriegsverbrechen und Verwüstungen während des Zweiten Weltkriegs angekündigt. Allein für Warschau bezifferte Kaczynski diese Schäden auf 32 Milliarden Euro.

Bereits Ende 2004 hatte die „Treuhand“, wie inzwischen bekannt wurde, mit dem Münchner Anwalt Michael Wittl verhandelt, der vor ein paar Jahren zusammen mit dem US-Anwalt Fagan auch Überlebende der NS-Zwangsarbeit vor US-Gerichten gegen deutsche Konzerne vertreten hatte. „Wir waren schon fertig“, behauptet Pawelka, Wittl habe sogar schon für Januar 2005 einen Termin bei der Bundespressekonferenz angefragt. Dann sprang der Münchner Anwalt aber wieder ab. „Das hätte auch zu unserer übrigen Mandantschaft nicht gepasst“, begründet Wittl seinen Rückzug heute gegenüber Journalisten.

Mitte Oktober sollte nun der zweite Anlauf starten. Aber Matthias Druba von der Kanzlei Schwarz Kelwing, der zuletzt erfolgreich die Erben der jüdischen Kaufmannsfamilie Wertheim bei Prozessen gegen die Bundesregierung und den Karstadt-Konzern auf Rückgabe von Grundstücken im Zentrum Berlins vertreten hatte, sprang zwei Tage vor der groß angekündigten Pressekonferenz nun ebenfalls ab. „Ich kann der Sache mit juristischen Mitteln nicht wirklich dienen“, sagte er gegenüber Journalisten. Klagen auf Rückgabe einstigen Eigentums und auf Entschädigung seien „nicht sinnvoll“. Was solche Klagen auslösten, sei jenseits dessen, „was man als Jurist vertreten kann“.

Treuhand-Chef Pawelka reagierte zunächst fassungslos: „Das kann ich nicht glauben“, er sei sich mit Druba „total einig“ gewesen.

Zustimmung zum Absprung des Anwalts kam dagegen von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Erwin Marschewski, Sprecher der Vertriebenen-Gruppe in der Fraktion, erklärte gegenüber der Presse, das Treiben der Treuhand sei „Wasser auf die Mühlen der deutschfeindlichen Kräfte in Polen“ und „rechtlich und politisch falsch“. Die Treuhand habe mit ihrem aggressiven Auftreten dem polnischen Präsidentschaftskandidaten Lech Kaczynski „noch mehr Wähler beschert“.

Treuhand-Chef Pawelka aber will weitermachen. Das Projekt, auf dem Klageweg vor dem Europäischen Menschenrechtsgerichtshof in Straßburg ehemalige deutsche Immobilien in Polen zurückzufordern, werde durch den Absprung jetzt schon der zweiten prominenten Anwaltskanzlei nicht scheitern, sondern weiter fortgesetzt. Auch der Dortmunder Anwalt Gerwald Stanko, Geschäftsführer bei der „Preußischen Treuhand“, will weitermachen, fürchtet aber gleichzeitig wachsenden Druck der Aktionäre der Treuhand, was nun mit ihrem Geld wird. Gegenüber der „taz“ erklärte er: „Wie stehen wir jetzt intern da? Wie können wir das unseren Aktionären erklären?“

Spannend wird auch, wie die deutsche und europäische Politik jetzt weiter agiert. Immerhin hatte es schon die rot-grüne Bundesregierung in der Hand, dem Vertriebenenverband und seinen Landsmannschaften sechs Jahrzehnte nach Kriegsende endlich die jahrzehntelange finanzielle Subventionierung aus dem Bundeshaushalt zu entziehen. Geschehen ist nichts dergleichen. Noch heute streichen die „Vertriebenenverbände“ jedes Jahr Millionen an Zuschüssen aus dem Bundeshaushalt ein, weitere Zuschüsse der Länder und Kommunen kommen obendrauf. Der polnische Vorwurf einer staatlichen deutschen Mitwirkung bei den Umtrieben der „Preußischen Treuhand“ ist also mehr als begründet.

Hinzu kommt: Bis heute sind gesetzliche Bestimmungen wie z.B. aus dem früheren Bundesvertriebenengesetz in Kraft, die unter anderem eine abstruse „Vererbbarkeit“ des „Vertriebenenstatus“ vorsehen. Dass damit bei den betroffenen Personenkreisen auch finanzielle und materielle Revanche-Ansprüche aufrechterhalten werden, liegt auf der Hand. Seit Jahren hat es die deutsche Politik versäumt, solche revanchistischen Gesetzesklauseln und Subventionen endlich abzuschaffen.

Aber auch auf europäischem Gebiet gibt es Handlungsbedarf. Eine Entschließung des europäischen Parlaments, die alle deutschen Restitutionsansprüche (Rückgabe- und Entschädigungsansprüche) gegenüber Personen und Staaten in Osteuropa ein für alle Mal verwirft, wäre sicherlich ein wirksames und nützliches europäisches Signal gegen hetzerische Aktivitäten wie die der Preußischen Treuhand und würde auch deren Prozessaussichten vor dem Europäischen Gerichtshof in Strassburg sicherlich beeinträchtigen. Aber bisher ist von solchen Überlegungen im EU-Parlament nichts zu hören. Warum eigentlich nicht?

rül

Quellen:
Berliner Zeitung, 30.9. und 13.10.05; Neues Deutschland, 13.10.05; Jungle World, 12.10.05; taz, 12.10. und 13.10.05.

Der andere Widerstand gegen Besatzung und Privatisierung

Über den nicht-militärischen Widerstand im Irak und vor allem auch über die Gewerkschaftsbewegung ist hierzulande wenig bekannt.

Unter Saddam waren die einstmalige starke unabhängige Gewerkschaftsbewegung zerschlagen worden. 1987 wurden die Gewerkschaften aufgelöst bzw. durch staatliche Gewerkschaften abgelöst, die als Instrumente der Überwachung und Unterdrückung funktionierten. Schon in den ersten Tagen der Besatzung formierte sich die Gewerkschaftsbewegung neu, allerdings ist sie noch ziemlich zersplittert und leidet sowohl unter Schikanen durch das Besatzungsregime wie unter Terrorangriffen, die z.T. gegen Gewerkschaftsfunktionäre durchgeführt werden. Es existieren fünf Gewerkschaftsbünde; drei von ihnen stehen politischen Parteien bzw. religiösen Bewegungen nahe, einer, das Kurdische Arbeitersyndikat, arbeitet nur im Norden, einer steht unter der Kontrolle früherer Saddam-Anhänger. Die Öl-Gewerkschaft GUOE, ein Zusammenschluss verschiedener Ölgewerkschaften, der heute 23.000 Ölarbeiter in 10 Öl- und Gasgesellschaften im

Wiederaufbau im Süden begrenzt wurde und die Löhne erhöht wurden. Im Januar 2004 gelang es durch anhaltende Streik- und andere Protestaktionen, die vom US-Verwalter Bremer erlassene Order No. 30 über Löhne und Arbeitsbedingungen im öffentlichen Dienst deutlich zu modifizieren: Die untersten beiden der elf Lohngruppen wurden gestrichen, der Mindestlohn wurde dadurch von 69.000 ID (ca. 35 US-\$) auf 150.000 ID angehoben. „Der Lebensstandard ist gestiegen“, resümierte kürzlich der Generalsekretär der GUOE Hassan Juma'a Awad in einem Interview, „sogar im Vergleich zu Saddam Husseins Zeiten. Inzwischen bekommt ein Arbeiter mit 20-jähriger Erfahrung ungefähr 420.000 Dinar, also ungefähr 300 Dollar. Zum Vergleich: Ein Hühnchen auf dem Markt kostet 300 Dinar, also 1 Dollar.“

Einer der Schwerpunkte der Ölgewerkschaft war es vor allem in der Anfangszeit, die Arbeiter für die Reparaturen der Ölförderanlagen zu organisieren, damit die Produktion nach dem Chaos der ersten Besatzungsmonate endlich wieder funktionierte. Das erforderte sowohl Mut, weil sie dabei sowohl mit dem Besatzungsregime wie mit den Überresten des Baath-Regimes in Konflikt geriet, wie – angesichts der minimalen Ressourcen und der infolge der langjährigen Sanktionen dramatisch veralteten Anlagen – gehörigen Erfindungsreichtum. Angesichts dessen ist die Gewerkschaft stolz darauf, dass die Zahl der Unfälle im staatlichen irakischen Ölsektor beträchtlich unter dem in den britischen und US-amerikanischen Raffinerien liegt, wo die Wartung schlecht ist und Sicherheitsinspektionen kaum stattfinden.

Gerade weil sie den Wiederaufbau zu ihrer Angelegenheit gemacht hat, wendet sich die Ölgewerkschaft entschieden gegen die drohende Privatisierung des öffentlichen Sektors. Am 25. und 26. Mai diesen Jahres organisierte sie in Basra eine Konferenz, auf der

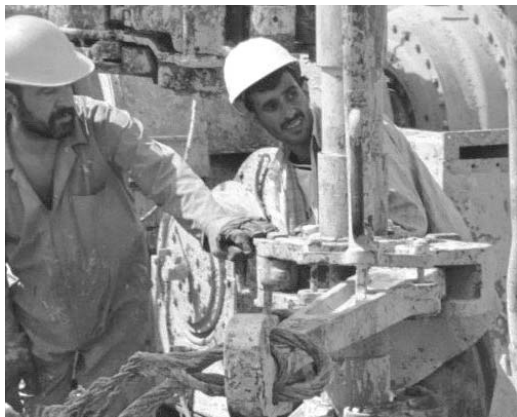
Um über die Lage im Irak und den Kampf der Gewerkschaften zu informieren und einen internationalen Dialog anzuregen, reisen derzeit zwei Mitglieder der Ölgewerkschaft GUOE aus Basra, Frau Bosharan A. Abbood und Herr Taha A. Ibraheem Breshdi, durch die Bundesrepublik. Die Tour und die jeweiligen Veranstaltungen werden von gewerkschaftlichen Gliederungen, Friedensorganisationen, linke Gruppen, teilweise auch durch die AG Betrieb und Gewerkschaft der Linkspartei.PDS organisiert und unterstützt. **Folgende Veranstaltungen finden statt (genauere Angaben vor Ort):**

21.10. Berlin • 24.10. Kiel • 25.10. Hamburg • 26.10. Bielefeld • 27.10. Hannover • 31.10. Duisburg • 1.11. Bonn • 2.11. Frankfurt a.M. • 3.11. Marburg/Gießen • 4.11. Heidelberg • 7.11. Freiburg • 8.11. Tübingen • 9.11. Stuttgart • 10.11. Augsburg • 11.11. München • 12.11. Berlin

Ölarbeiter, Akademiker und irakische sowie internationale Organisationen der Zivilgesellschaft über die Abwehr der Privatisierung berieten. In der Schlussresolution sind fünf Punkte und Empfehlungen festgehalten:

Erstens wird der öffentliche Wirtschaftssektor als Symbol der Errungenschaften des Irak seit der Revolution vom 1958 charakterisiert, der das „gemeinsame Vermögen aller IrakerInnen, die diesen Sektor aufgebaut haben“, repräsentiert. „Daher ist es nicht zulässig, dass ein Ministerium oder eine Partei in diesem Sektor Veränderungen vornimmt, ohne das Volk dazu zu befragen, sei es über das Parlament oder durch ein generelles Referendum.“ Zweitens bekräftigt der Kongress, dass es zur Behebung von Schwierigkeiten und Defekten bei staatlichen Industrieanlagen eine Vielzahl von Lösungen und Mittel zur Erneuerung gibt. „IrakerInnen haben die Kapazität, diese Arbeit zu leisten, wenn ihnen die Chance dazu gegeben wird.“ Drittens betonen die Teilnehmer, dass angesichts mangelnder politischer Infrastruktur und eines stabilen Wirtschaftssystems die Privatisierung des Öls und des industriellen Sektors bzw. von Teilen davon der Wirtschaft schweren Schaden zufügen. Viertens rufen sie das Parlament dazu auf, „eine klare Position gegen die politischen Strömungen und Direktiven zu beziehen, die zur Privatisierung des öffentlichen Sektors im Irak aufrufen“. Fünftens schließlich fordert der Kongress alle Staaten auf, dem Irak die Schulden, die das alte Regime gemacht hat, zu erlassen, „ohne Bedingungen zu stellen und ohne die Unabhängigkeit, Souveränität und wirtschaftliche Selbstbestimmung des Irak zu verletzen.“ **sc**

Quelle: Die Veranstalter der Rundreise haben einen sehr informatives Informationspaket zusammengestellt, das u.a. bei Labournet zu finden ist.



Südirak organisiert und dessen Vertreter derzeit die Bundesrepublik bereisen, gehört keinem der Gewerkschaftsbünde an, arbeitet aber auf lokaler Ebene gut mit den anderen (außer dem von Saddam-Anhängern kontrollierten) zusammen und hat auch Verbindungen zum Kurdischen Arbeitersyndikat geknüpft. Die GUOE geht auf Gründungen im April 2003 zurück; im Sommer 2003 führten die Ölgewerkschaften einen dreitägigen Streik durch, der die gesamte Produktion im Südirak lahm legte und mit dem sie den Grundstein dafür legten, dass angesichts einer Arbeitslosigkeit von 70% ganz überwiegend irakische Arbeiter eingestellt wurden, dass die Rolle der US-Firmen beim





Belgien. Hunderttausende folgten am 7. Oktober dem Aufruf der Gewerkschaften zu einem Generalstreik. Der Protest richtete sich gegen das Vorhaben der Regierung, das Vorruhestandsalter von jetzt 58 auf 60 Jahre zu erhöhen. In vielen Städten lag der öffentliche Nah- und Fernverkehr still (Bild links: Im Bahnhof Midi in Brüssel verkehren keine Züge), Hunderte von Groß- und Kleinbetrieben wurden bestreikt, die Zufahrtswege z.B. zu Ford in Genk (Bild) oder VW in Brüssel wurden blockiert. Trotz des ersten Generalstreiks seit 10 Jahren hat die Regierung das Vorruhestandsalter auf 60 Jahre heraufgesetzt. (Quelle und Bilder: Indymedia Belgien)

Berlusconi kündigt neue Privatisierungswelle an

Mit ihrem Haushaltsplan für das nächste Jahr kündigte die italienische Regierung eine Beschleunigung der Privatisierungen an, um den massiven Anstieg der Staatsverschuldung zu mildern. Auch die staatliche Beteiligungen an Versorgungs-Großkonzernen wie Eni, Enel oder Finmeccanica sollen verkauft werden. Gleichzeitig soll ein neues Gesetz Konzerne von „nationalem Interesse“ vor feindlichen Übernahmen schützen. Mit „speziellen Beteiligungspapieren“ für „exklusive Kapitalerhöhungen“ soll der Staat bei nicht genehmen Übernahmeversuchen mit Steuergeldern wieder einsteigen, um den Aktienkurs und Übernahmepreis hochzutreiben. Die Gewerkschaftsverbände haben für den 25.11. einen vierstündigen Generalstreik angekündigt. (Quelle: <http://www.nickscafe.de/randzone>)

Streik im öffentlichen Dienst Russlands

Über eine Million Menschen, vorwiegend Lehrer, Ärzte und Kulturschaffende, beteiligten sich am 12. Oktober an einem landesweiten Streik im öffentlichen Dienst. Die Gewerkschaften fordern Lohnerhöhungen um ungefähr das Eineinhalbfache sowie Verbesserung der Arbeitsbedingungen. In Juschno-Sachalinsk demonstrierten ca. 4000, in Chabarowsk 5000, in Astrachan mehr als 2.500, in Irkutsk rund 1000. Lehrer verdienen umgerechnet zwischen 50 und 110 Dollar, Ärzte auch nicht mehr. Die von Putin angekündigte Erhöhung der Gehälter für Ärzte stößt auf Protest. Die Kundgebung der Streikenden in Petersburg kritisierte in einer Resolution,

dass diese „Initiative von Wladimir Putin über die Erhöhung der Löhne ab Januar 2006 ... zu einer noch stärkeren Differenzierung der Arbeitslöhne und für zusätzliche Spannungen in diesem Bereich sorgen“ wird. Auf der Kundgebung in Petersburg demonstrierten Arbeiter des Erdöl- und Erdgassektors – in diesem Bereich sind die Löhne derzeit im Vergleich zu den Löhnen in anderen Sektoren relativ hoch – mit einem großen Transparent ihre Solidarität. Ein Beteiligter erklärte gegenüber der Deutschen Welle: „Wir sind aus Solidarität mit den Staatsbediensteten, mit den Medizinern, Lehrern und Kulturschaffenden auf die Straße gegangen, damit sie ein würdiges Gehalt erhalten und würdig leben können, auch, damit unsere Kinder gut ausgebildet werden.“ (Quelle: DW-Radio, 12.10. Fokus Ost-Südost)

Brasilien: zwei VW-Werke weiter bestreikt

Am 10.10. haben die 5.500 Beschäftigten des VW-Werks in Taubate das Angebot einer Gewinnbeteiligung von umgerechnet 1.800 Euro je Beschäftigten mehrheitlich angenommen und den Streik beendet. Die 12.500 Beschäftigten des Serkes in Sao Bernardo bestanden weiter auf ihrer Forderung nach 2.000 Euro und setzen den Streik fort, ebenso die VW-Arbeiter im Werk Sa Carlos. (Quelle: www.nickscafe.de/randzone)

Linz: Flüchtling in Isolationszelle verdurstet

Der 18-jährige Afrikaner Yankuba Ceesay kam am 4. Oktober in einer Isolationszelle im Linzer „Polizei-Anhalte-

zentrum“ in Abschiebehaft ums Leben. Die Umstände seines Todes werfen ein düsteres Licht auf die Situation von Flüchtlingen in Österreich und besonders auf die Verhältnisse in den Abschiebegefängnissen. Der junge Afrikaner war im September zunächst wegen eines Drogendelikts festgenommen, dann freigelassen und ins Abschiebegefängnis eingeliefert worden; angeblich, so die Begründung für die Festnahme, konnte die Polizei seine Identität nicht feststellen. Dies wird von der Volkshilfe Oberösterreich bestritten; ein Sprecher der Organisation kündigte an, diese willkürliche Festnahme im Menschenrechtsbeirat „auf den Tisch zu bringen“. Yankuba Ceesay starb vermutlich an Austrocknung. Er war am 28. September in einen Hungerstreik getreten, nachdem er zuvor kaum noch gegessen hatte, und daraufhin in eine der vier Isolationszellen geworfen worden. Der Grünen-Politiker Pilz brachte an die Öffentlichkeit, dass der Amtsarzt zu diesem Zeitpunkt schon Zweifel an der Hafttauglichkeit geäußert hat. Umso skandalöser sei die Verbringung in die Isolationszelle. Die Sprecherin der Plattform Zivilcourage – ein Zusammenschluss mehrerer Menschenrechtsorganisationen – sprach von Hinweisen, dass die Isolationszellen mit einem speziellen Heizsystem ausgestattet sind, mit dem Raumtemperaturen von bis zu 45 Grad erzeugt werden. Diese Hinweise wurden inzwischen von einem Arzt, der dort einmal festgehalten wurde, bestätigt. Die Staatsanwaltschaft versucht, den Tod auf eine erbbedingte Anomalie der Toten zurückzuführen, geriet damit aber unter Druck, als Tropenmediziner eine solche Erklärung öffentlich zurückweisen. NGOs weisen darauf hin, dass angesichts der unerträglichen Haftbedingungen für Schubhäftlinge Hungerstreiks und Selbstverletzungen in den österreichischen Abschiebegefängnissen an der Tagesordnung sind. So habe auch das Anti-Folter-Komitee des Europarates in seinem jüngsten Bericht zu Österreich Hungerstreiks von Schubhäftlingen „besondere Aufmerksamkeit“ geschenkt, da deren Häufigkeit hoch sei. An der Beerdigung des Flüchtlings nahmen neben seinem in Hamburg lebenden Bruder 700 Menschen teil. (Quelle: w.afrikanet.info, Bild Indymedia.at)

Zusammenstellung: scc



ERFURT/HANNOVER. 6.000 blinde und sehbehinderte Demonstranten und ihre Freunde aus allen Teilen Deutschlands forderten am 8. Oktober 2005 auf Transparenten und in Sprechchören die Thüringer Landesregierung auf, das System der Nachteilsausgleiche nicht zu zerstören. Peter Och, Vorsitzender des BSVT und Hauptredner auf der Demonstration, kündigte auf der Abschlusskundgebung weitere Aktionen an: „Wir werden alle Möglichkeiten inklusive einer Verfassungsklage und eines Volksbegehrens ausreizen, um die Abschaffung des Blindengeldes zu verhindern.“ – Auch in Niedersachsen laufen die Proteste gegen die weitgehende Abschaffung des Blindengeldes weiter. Bei einer Pressekonferenz am 14. Oktober in Hannover gaben Sozialverband-Präsident Adolf Bauer und Hans-Werner Lange, Geschäftsführer des Blinden- und Sehbehindertenverbandes Niedersachsen (BVN), die offizielle Beantragung des Volksbegehrens bekannt. Nun müssen innerhalb von sechs Monaten 603.000 Unterschriften gesammelt werden. www.sovd.de



Bild: www.herz-fuer-abgeordnete.de (LZZ 10.10.05)

Antirassismus im Fokus des europäischen Vereinsfußballs

DÜSSELDORF. Die bisher größte antirassistische Initiative im europäischen Sport wurde am 13. Oktober eingeläutet. Während der 13 Tage der Aktionswoche stehen die Mitglieder der europäischen Fußballfamilie gemeinsam gegen Rassismus und Diskriminierung im Fußball. Bei der 6. vom Netzwerk Football Against Racism in Europe (FARE) organisierten Aktionswoche werden Aktivisten, Fans, Vereine, Verbände, Minderheitengruppierungen und Jugendgruppen aus ganz Europa bis zu 1.000 Aktionen durchführen.

Die Aktionswoche wurde während der Saison 2001/2002 mit Initiativen in 9 Ländern lanciert. Heute nehmen Organisationen aus 35 verschiedenen Ländern an der Aktionswoche teil. In diesem Jahr machen neue Gruppen aus Ost- und Zentraleuropa (auch aus der ehemaligen Sowjetunion) sowie aus dem Balkan (Kroatien, Serbien & Montenegro, Albanien, Mazedonien, Bulgarien) zum ersten Mal mit.

Immer mehr Fangruppen gehen inzwischen gegen den Rassismus vor. Besonders erfreulich ist die Zusammenarbeit mit Minderheitenorganisationen, wie z.B. der Roma-Minderheit in vielen Teilen Osteuropas.

Eine von vielen Erfolgsgeschichten in diesem Jahr ist die Partnerschaft zwischen der Mahatma Gandhi Human Rights Organisation, einer hoch angesehenen NGO aus Ungarn, die von Migranten geführt wird und mit Asylsuchenden und Flüchtlingen zusammenarbeitet, und dem ungarischen Fußballverband. Die beiden Organisationen werden gemeinsam eine landesweite Aktionsreihe koordinieren. Als Ergebnis werden Vereine mit rechtsextremistischen Fans aktiv gegen die eigenen Fans vorgehen. Leon Mann vom britischen FARE-Partner „Kick It Out“ sagte: „Die Aktionswoche ist nicht mehr einfach die Zeit, in der man die Trans-

parente gegen Rassismus vom Staub befreit, sondern stellt ein Sprungbrett für laufende Kontakte zwischen Aktivisten, Fans und Minderheitengruppen mit Vereinen, Ligen und Verbänden dar, mit dem Ziel, den Fußball von Rassismus und Diskriminierung zu befreien.“

<http://de.farenet.org>

Spendenaktion für Stadthalle – Nazis sollen sie nicht bekommen

VERDEN. Auf der Homepage der Stadt Verden steht ein ungewöhnlicher Spendenaufruf. Dort heißt es u.a.: „Die Stadt Verden (Aller) und ein Trägerverein bemühen sich, durch den Kauf der Stadthalle Verden zu verhindern, dass diese in die Hände von Rechtsextremen fällt. Informieren Sie sich hier, wie Sie dabei mithelfen können. Das Spendenbarometer steht am 14.10.2005, 12.30 Uhr, bei 204.159,83 Euro.“

1999 erfüllte sich mit der Stadthalle am Holzmarkt für Verden der langersehnte Wunsch nach einem überregionalen Veranstaltungszentrum für Theater, Tagungen, Kultur und Freizeit. Jetzt droht der Stadthalle wegen Insolvenz des Investors die Zwangsversteigerung.

Rechtsextreme wollen die Stadthalle in Verden kaufen. In ähnlichen Fällen

hat der Rechtsextreme Rieger bereits zugeschlagen: Beispiele sind der Heisenhof in Dörverden, ein Kino in der Altstadt von Hameln und ein großer Gasthof in Pössneck, Thüringen. Mitten in Verden darf kein Nazi-Zentrum entstehen. Wir wollen keine regelmäßigen Aufmärsche und keine braune Musikszene in Verden. Wir in Verden leben von Weltoffenheit, Demokratie und Toleranz. Damit die Stadthalle den Bürgerinnen und Bürgern in und um Verden für kulturelle Nutzungen erhalten bleibt, hat sich der „Trägerverein Verdener Kulturflügel e.V.“ gegründet. Dieser Verein will das Stadthallengebäude noch vor der drohenden Zwangsversteigerung kaufen. Die Stadt unterstützt diese Verdener Lösung tatkräftig mit jährlichen Zuschüssen und einer kommunalen Bürgerschaft.

Der Trägerverein will das Eigentum an der Stadthalle und dem Kulturflügel erwerben. Für gemeinnützige Kultur, Gruppen und Vereine sollen Räume kostenfrei und die Stadthalle für Veranstaltungen mietfrei zur Verfügung gestellt werden. Mit dem Erwerb übernimmt der Verein die bestehenden Mietverträge. Für Tagungen und kommerzielle Kulturveranstaltungen bleibt die Stadthalle an einen privaten Betreiber verpachtet. www.verden.de

Noch mehr Tamm-Tamm

HAMBURG. Wie auch in dieser Zeitschrift berichtet, haben 121 Künstlerinnen und Künstler die Aktion „Künstler informieren Politiker“ (KiP) ins Leben gerufen. Anlass ist die von der Bürgerschaft ohne Gegenstimmen bei Enthaltung der GAL-Abgeordneten Anfang Februar 2004 getroffene Entscheidung, das private Museum des früheren Vorstandsvorsitzenden des Springer-Konzerns, Peter Tamm, eine die militaristischen Traditionen verherrlichende Sammlung, mit gewaltigen öffentlichen Mitteln zu fördern. Je ein Künstler überreicht je einem Abgeordneten die Bro-



schüre „Tamm-Tamm“ und versucht, ihn zu einer Stellungnahme zu bewegen. Diese Aktion ist inzwischen gut vorangekommen; ungefähr die Hälfte der Abgeordneten wurde mit der Kritik an den Museumsabsichten konfrontiert (Dokumentation: <http://www.tamm-tamm.info>). Infolge dieser Aktion berichten überregionale Medien inzwischen sehr kritisch über das Tamm-Museum. Auch die Hamburger Morgenpost und der NDR haben das in der Speicherstadt entstehende Museum aufs Korn genommen, während den Springer-Medien anscheinend untersagt ist, der Kritikbewegung ein Wort zu widmen.

Nun wurde bekannt, dass die Konzeption des Tamm-Museums – erstmals! – auf der Dezember-Sitzung des Kulturausschusses vorgestellt wird. Wenn das Konzept dort auf Widerstände stößt, kann mit einer Eingabe eine öffentliche Anhörung beantragt werden. Dafür müssten 25 Prozent der Bürgerschafts-abgeordneten stimmen.

Da einigen sozialdemokratischen Abgeordneten ihre kritiklose Zustimmung und den GAL-Abgeordneten ihre feige Enthaltung peinlich geworden ist, scheint es nicht unmöglich, eine solche Anhörung zu erreichen und, wenn viele interessierte Bürgerinnen und Bürger ihr Rederecht dort in Anspruch nehmen, in dieser Auseinandersetzung Einfluss auf die Verwendung der öffentlichen Mittel zu nehmen. scc

Ergebnisse des DFG-VK Bundeskongresses vom 1.–3. Oktober

FRANKFURT A.M. Als Schwerpunkt des politischen Handelns sahen die knapp 100 Delegierten der Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK) erneut die Kampagne „Schritte zur Abrüstung“, die sich in ihrem Selbstverständnis nun als Plattform für Aktivitäten der Gruppen, der Landesverbände und des Bundesverbandes versteht und den Mitgliedern mehr Beteiligungsmöglichkeiten ermöglicht. Die „Schritte zur Abrüstung“-Kampagne soll so gestaltet werden, dass InteressentInnen an die pazifistische Programmatik (z.B. allgemeine und vollständige Abrüstung, Bundeswehr abschaffen, Verweigerung aller Kriegsdienste) und an die Organisation DFG-VK herangeführt werden. Die Kampagne konnte um weitere wesentliche Arbeitsschwerpunkte (Solidarität mit internationalen Kriegsdienstverweigerern und Rüstungsexporte/Kleinwaffen) ergänzt werden, aber auch die Militarisierung der EU und die Arbeit zu Atomwaffen bleibt ein wichtiges Thema für die Arbeit der DFG-VK auf Bundesebene. Einstimmig fordert der DFG-VK-Bundeskongress die türkische Regierung auf: „Freiheit für Mehmet Tarhan! Schluss mit der Folter! Anerkennung des Rechts auf

Kriegsdienstverweigerung in der Türkei!“ Mit großer Mehrheit wurde eine Resolution beschlossen, die zu Protesten gegen den großen Zapfenstreich der Bundeswehr am 26. Oktober in Berlin und gegen das „Feierliche Gelöbnis“ am 12. November in Bordenau aufruft. www.deutsche-friedensgesellschaft.de

Eltern gegen Gebührenerhöhung bei den städtischen Kindertagesstätten

STUTTGART. Die Gemeinderatsfraktionen von CDU, SPD, Grüne, Freie Wähler und FDP hatten im Juni „einmütig“ den Zielbeschluss gefasst, die Gebühren für die städtischen Kindertagesstätten um ca. 13 Prozent zu erhöhen, angeblich sollten damit auch Qualitätsverbesserungen finanziert werden. Jetzt stand im Jugendhilfeausschuss die endgültige Abstimmung an, andere Träger von Kindertagesstätten, Elternbeiräte und die sachkundigen Einwohner sollten noch Gelegenheit zu einer Stellungnahme haben. Während die Kirchen lauwarm zustimmten (sie dachten an ihre eigenen Gebühreneinnahmen) hatte der Elternbeirat der städtischen Einrichtungen 2000 Unterschriften gegen die Erhöhung gesammelt (das sind etwa die Hälfte aller Eltern) und überreichten sie zu Beginn der Sitzung des Sozialausschusses (*Bild*). Darauf hatten die Fraktionen gewisse Erklärungsnot. Der Fraktionsvorsitzende der Grünen, Wöl-



fle, hatte dann die Idee, alles in die (nichtöffentlichen) Haushaltsberatungen zu vertagen, zumal die Verwaltung ja auch noch keine konkreten Verbesserungsvorschläge vorgelegt habe. Ulrike Küstler, Gemeinderätin der Linke.PDs, blieb bei ihrer Linie, dass die Betreuung von Kindern im Vorschulalter Teil der Bildung ist und daher wie Schulen kostenlos werden muss. KBS

Montagsdemo-Sternmarsch gegen Hartz IV am 5. November

BERLIN. Die bundesweite Koordinierung Montagsdemonstration ruft für den 5. November zu einem Sternmarsch nach Berlin auf. Motto: „Sternmarsch gegen die neue Regierung – Das Volk sind wir!“ In dem Aufruf heißt es: „Das Ergebnis

der Wahl spricht eine deutliche Sprache. Es gibt für die sozialen Bewegungen, die Arbeiter in den Betrieben, die Jugend-, Frauen-, Umwelt- und Friedensbewegung keinen Grund abzuwarten. Wir tragen unsere Forderungen und Interessen im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, Lehrstellenkrise, Angriffe auf das Tarifrecht, Kündigungsschutz, Gesundheitsversorgung, Renten, gegen Studiengebühren, Diskriminierung der Migranten, für die Rechte der Behinderten, für Frieden und Umweltschutz auf die Straße. Wir lassen uns mit Nachbesserungen bei Hartz IV nicht abspeisen – Hartz IV muss weg!“

www.bundesweite-montagsdemo.com

Demonstrationen der Anti-Atom-Bewegung am 29. Okt. und 5. Nov.

LÜNEBURG/KARLSRUHE. In den Koalitionsverhandlungen zwischen CDU/CSU und SPD stehen nicht zuletzt auch wichtige Weichenstellungen in der Energiepolitik auf der Agenda. Dies haben VertreterInnen eines Bündnisses aus Umweltverbänden, Anti-Atom-Initiativen und Förderern Erneuerbarer Energien auf einer gemeinsamen Pressekonzferenz in Hannover unterstrichen. Deshalb haben sie für den 5. November 2005 eine bundesweite Demonstration in Lüneburg angekündigt. Unter dem Motto „Atomkraft nein danke – Erneuerbare Energien jetzt“ werde ab 13 Uhr in der Lüneburger Innenstadt ein unübersehbares Zeichen gesetzt, mit dem die neue Bundesregierung zu einer ökologisch vernünftigen Energiepolitik aufgefordert wird. In den Koalitionsverhandlungen werden zentrale umweltpolitische Errungenschaften der letzten Jahre auf der Kippe stehen. Wird es die von der CDU angekündigten Laufzeitverlängerungen für Atomkraftwerke geben? Gibt es

weiterhin eine ambitionierte Förderung der Erneuerbaren Energien? Die großen Stromkonzerne drängen auf eine Rolle rückwärts in der Energiepolitik. Wer das Ende der Atomkraft und den Ausbau der erneuerbaren Energien sichern will, muss sich jetzt den Atomkraftbefürwortern entgegenstellen. Deshalb ruft das Bündnis auf, in großer Zahl nach Lüneburg zu kommen.

In Baden-Württemberg mobilisieren Anti-Atominitiativen und das Karlsruher Friedensbündnis zur Demonstration am 29. Oktober ab 13 Uhr Marktplatz Karlsruhe. Ihr Motto: „Atomkraftwerke stilllegen! Umsteigen – auf erneuerbare Energien!“

www.castor.de

www.castor-stoppen.de

Zusammenstellung: baf

Mindeststandards für Kita-Räume sollen in Modellkommunen nicht mehr gelten / KiB beteiligt sich an Postkartenaktion

Raum ist in der kleinsten Hütte?

Raum ist in der kleinsten Hütte für die Betreuung und Entwicklungsförderung von Kindern in den Kindertagesstätten? – das könnte die Folge des von den Mehrheitsfraktionen in den Niedersächsischen Landtag eingebrachten Modellkommunengesetzes sein, das unter anderem auch die Außerkraftsetzung der räumlichen Mindeststandards in den niedersächsischen Kindertagesstätten vorsieht. Die Mehrheit der Träger und Verbände im Bereich der Elementarpädagogik lehnen dieses Vorhaben aus fachlich-pädagogischer Sicht ab und fordern eine Überarbeitung des geplanten Modellkommunengesetzes in diesem Punkt. Der KiB¹⁾ schließt sich dieser Forderung an und unterstützt die Postkartenaktion für die Beibehaltung der räumlichen Ausstattungsstandards.

Im Juni 2005 hatten die Fraktionen von CDU und FDP im Niedersächsischen Landtag einen Gesetzentwurf zur modellhaften Erweiterung kommunaler Handlungsspielräume vorgestellt, der in einer dreijährigen Modellphase die Außerkraftsetzung bzw. Modifizierung verschiedener Gesetze und Verwaltungsvorschriften vorsieht mit dem Ziel, den Abbau von Bürokratie und die Beschleunigung von Verwaltungsprozessen voranzubringen. Als Modellkommunen sind die Landkreise Osnabrück, Emsland und Cuxhaven sowie die Städte Lüneburg und Oldenburg ausgewählt. Werden nach Ablauf der Modellphase die erwarteten Ziele erreicht, sollen die einzelnen Gesetzesänderungen in ganz Niedersachsen gelten.

Der Gesetzentwurf sieht unter anderem die Außerkraftsetzung der Mindeststandards für die Raumausstattung in Kindertagesstätten vor, die in der ersten Durchführungsverordnung zum KiTa-Gesetz geregelt sind. Dabei geht es nicht um bürokratische Verwaltungsvorschriften oder penible Bauvorgaben (wie z.B. die in der Diskussion immer mal wieder angeführte Vorschrift zum Abstand von Garderobenhaken), sondern um pädagogisch begründete Mindeststandards, die die Bewegungsbedürfnisse der Kinder berücksichtigen und so eine umfassende Entwicklungsförderung in der Kindertagesstätte ermöglichen. In Einzelfällen kann das Landesjugendamt auch bei Abweichungen von den Vorgaben in der DVO (mit Ausnahme der minimalen Gruppenraumgrößen) eine Betriebserlaubnis erteilen, wenn das Kindeswohl und die Qualität der pädagogischen Arbeit in der Kita sichergestellt sind.

Werden die Mindeststandards aufgehoben, könnten die Modellkommunen (und nach Ablauf der Modellphase möglicherweise alle niedersächsischen Kommunen) den Betrieb z.B. von Krippen genehmigen, in deren Gruppenraum jedes Kind nicht einmal drei Quadratmeter für sich zur Verfügung hätte, in Kindergärten und Horten können es dann auch weniger als zwei Quadratmetern sein. Auf Ruheräume in Krippen oder Ruhebereiche in den Gruppenräumen von Kindergärten könnte dann ebenso verzichtet werden wie auf Mehrzweckräume und Bewegungsflächen in größeren Kindergärten oder gesonderte Räume für die Schularbeiten in Horten. Und während nach geltendem Recht das Außengelände so groß sein soll, dass jedes betreute Kind mindestens 12 Quadratmeter Platz zum Bewegen, Toben und Spielen hat, wären kleinere Flächen auch kein Hinderungsgrund mehr für eine Betriebserlaubnis.

Zurzeit wird der Gesetzentwurf in den Ausschüssen beraten. Am 21. September fand hierzu in Hannover eine Expertenanhörung im federführenden Ausschuss für Inneres und Sport statt,

an der auch die Landesarbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtspflege und die Landesarbeitsgemeinschaft der Elterninitiativen Niedersachsen/Bremen e.V. teilnahmen und ihre fachlichen Bedenken gegen die Einbeziehung der Raumstandards in das Modellkommunengesetz darstellten. So machten sie u.a. deutlich, dass bestimmte Raum- und Sachmittelausstattungen eine Vorbedingung für die erfolgreiche Förderung der motorischen Entwicklung von Kindern sind. Angesichts einer zunehmenden Zahl von Kindern, die Auffälligkeiten in ihrer motorischen Entwicklung und der Entwicklung ihres Körpergefühls zeigen, ist es unverständlich, dass die räumlichen Mindeststandards zur Disposition gestellt werden sollen. Schließlich ist die motorische Entwicklungsförderung auch im Niedersächsischen Orientierungsplan für Bildung und Erziehung, der die verbindliche Grundlage für die Bildungsarbeit in den niedersächsischen Kindertagesstätten darstellt, als eigenständiger Lernbereich verankert worden und wird mit Aktionen wie „Bewegter Kindergarten“ von der niedersächsischen Landesregierung gefördert.

Andererseits konnte auch auf die Zusagen des Niedersächsischen Ministerpräsidenten und des Kultusministers verwiesen werden, dass das Kita-Gesetz und die hierin verankerten Mindeststandards nicht angetastet werden. In der vom Kultusminister und der an der Ausarbeitung beteiligten Verbände unterzeichneten Erklärung zum Orientierungsplan heißt es: „Grundlage (des Orientierungsplans) sind die bei Unterzeichnung geltenden Regelungen des niedersächsischen Gesetzes über Tageseinrichtungen für Kinder und die dazu ergangenen Durchführungsverordnungen.“

Ungeachtet der von den Verbänden und Trägern erhobenen Kritik halten die Fraktionen von CDU und FDP im niedersächsischen Landtag jedoch weiterhin an der Aufhebung der minimalen Raumstandards in Kindertagesstätten im Modellkommunengesetz fest. Der Vorstand des KiB hat sich daher entschlossen, sich der vom Bündnis für Kinder und Familien in Niedersachsen e.V. initiierten Postkartenaktion anzuschließen. In den nächsten Tagen werden in allen Kitas des KiB die Protest-Postkarten an die Eltern verteilt. Diese können dann bis Anfang November ausgefüllt in der jeweiligen Kita abgegeben werden, wo sie gesammelt und dann in hoffentlich großer Anzahl gemeinsam der Niedersächsischen Staatskanzlei übergeben werden.

Stand 11.10.2005



¹⁾ Der KiB heißt in voller Länge „Kindertagesstätten- & Beratungs-Verband“, und vor allem in diesen beiden namengebenden Bereichen „Kindertagesstätten“ und „Beratung“ bietet er ein breites Leistungsspektrum. www.kib-ol.de

In der Presseerklärung von ver.di-Bereich Region Hannover zum erneuten Streik der Landesbeschäftigten heißt



Die Beschäftigten der Straßenmeistereien und der Landesbe-



hörde für Straßenbau und Verkehr trafen sich schon um 7 Uhr an der zuständigen Landesbehörde. Dort wurde eine Resolution gegen die Privatisierung und Übergabe der Straßenmeistereien an die Kommunen übergeben. Danach ging es in einem Zug mit kräftiger Unterstützung der Samba-Gruppe zu den ver.di-Höfen. Die Polizei sperrte teilweise nur eine Fahrspur ab, so kam es zu sehr gefährlichen Situationen. In den ver.di-Höfen gab es Verstärkung von anderen Betrieben und anderen Dienststellen. Wolfgang Denia forderte den Finanzminister Möllering auf, endlich den TV ÖD zu übernehmen. „Wer das Weihnachtsgeld- und Urlaubsgeld streicht und auch noch die Arbeitszeit ohne Lohnausgleich verlängert, handelt weder sozial noch christlich.“ Danach ging es zur Abschlusskundgebung am Kröpcke. Die Kolleginnen und Kollegen der MHH führte auf der Bühne sehr eindrucksvoll vor, welche Beschäftigtengruppe es in der MHH gibt. Sie machten deutlich, dass sie auch in Zukunft einen gemeinsamen Tarifvertrag brauchen und nicht jede Beschäftigtengruppe für die eigenen Arbeitsbedingungen kämpfen dürfe. Als Hauptrednerin sprach Ellen Paschke vom ver.di-Bundesvorstand. Sie erinnerte an die Tarifaufeinandersetzung im Jahr 2003, wo gemeinsam mit den Ländern die Prozessvereinbarung beschlossen wurde. Sie forderte die Länder auf, unverzüglich den TV ÖD zu übernehmen. „Diese Maßnahmen der Arbeitgeber vernichten Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst. Solange die Arbeitgeber hier nicht einlenken, werden wir unsere Streikaktionen weiterführen und noch ausdehnen“, sagte Paschke. Deutlich brachte sie ihren Unmut über das ständige Gerede der leeren Kassen zu Wort. „Verantwortlich für die leeren Kassen seien nicht die Beschäftigten, sondern Schuld ist die verfehlte Steuerpolitik. Wir brauchen die Vermögenssteuer und keine weitere Absenkung der Spitzensteuersätze“. Ihr Bericht zum Erzwingungsstreik gegen Privatisierungen im Gesundheitswesen in Baden-Württemberg wurde mit breitem Beifall begrüßt.

Die Gewerkschaft wies darauf hin, dass es zurzeit keine Tarifverhandlungen mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) gibt. Erst durch die Vielzahl der Streiks im öffentlichen Dienst sei die TdL bereit gewesen, sich mit ver.di am 28. September auf ein Sondierungsgespräch einzulassen. Ein weiteres Gespräch soll Anfang November stattfinden. „Dies zeigt, dass die öffentlichen Arbeitgeber sich nur durch den Druck von Arbeitskämpfen bewegen“, erklärte Denia. ver.di kündigte weitere Streiks für den Herbst an, falls dies notwendig sei. Seine Schlussworte: „Transparent hoch, Kopf hoch und kämpfen.“

bee

Wohnsitz des Kindes nicht ausschlaggebend für Kindergeld. KÖLN. Frau B. hat zum 1. August in Köln eine Ausbildungsstelle angetreten. Ihre Eltern wohnen in Dorsten. Da die Entfernung zum Pendeln zu weit ist, hat sie sich ein Zimmer gemietet. Prompt bekam sie Anfang September einen Bescheid vom Kassen- und Steueramt, sie müsse die neu festgesetzte Zweitwohnungssteuer zahlen. 10% Prozent von der Miete sind im Jahr 350 Euro. Für eine junge Auszubildende viel Geld. Vom Kassen- und Steueramt bekam sie einen vierseitigen Fragebogen, aber keine kompetente Auskunft, was sie machen kann. Frau B. war nämlich davon ausgegangen, dass wenn Sie sich mit dem ersten Wohnsitz in Köln anmeldet, sie bzw. die Eltern den Anspruch auf Kindergeld verlieren. Dazu meint Ratsmitglied Jörg Detjen: „Ich habe das Kassen- und Steueramt auch danach gefragt. Mir wurde von den zuständigen Personen diese Fehlinformation bestätigt. Das ist aber ein Irrtum. Die Frage des Wohnsitzes des Kindes ist nicht ausschlaggebend für die Zahlung des Kindergeldes. Wenn sich also Frau B. mit dem ersten Wohnsitz nach Köln ummeldet, bekommt die Stadt Köln ihre Schlüsselzuweisungen und die Eltern der Auszubildenden Frau B. weiterhin das Kindergeld.“ Die Stadtverwaltung sollte Auszubildende und auch Studenten auf diese Tatsachen hinweisen. Die Linke hält nichts von der Zweitwohnungssteuer. Die Stadt muss sie aber nicht nur mit repressiven Argumenten eintreiben, sondern mit mehr Sachverstand. www.pds-koeln.de

Sparkassen in der Strukturpolitik – Akteure zwischen Wachstum und Ausgleich. GELSENKIRCHEN. Sparkassen übernehmen eine Doppelfunktion, indem sie einerseits Wachstumspotenziale aktivieren und andererseits dazu beitragen, wirtschaftlich schwächere Regionen zu stabilisieren. Dies zeigen erste Ergebnisse eines Forschungsprojektes am Institut Arbeit und Technik (IAT/Gelsenkirchen). Im Auftrag der „Wissenschaftsförderung der Sparkassen-Finanzgruppe e.V.“ untersuchten Stefan Gärtner und PD Dr. Dieter Rehfeld die Folgen einer Neuausrichtung der Strukturpolitik und die Rolle der Sparkassen. Im Rahmen der Untersuchung wurden vier Regionen portraitiert und die Aktionsmöglichkeiten der Sparkassen analysiert. Wesentliche Ergebnisse dabei waren:

- dass Sparkassen in allen Regionen eine wichtige Funktion für die wirtschaftliche Entwicklung übernehmen, die aber in schwächeren und ländlichen Regionen von zentraler Bedeutung ist,
- dass Sparkassen besondere Kennt-

nisse aus der Wirtschaft vor Ort einbringen und durch ihre Unabhängigkeit über einen wesentlich größeren Spielraum als konzernegebundene Geschäftsstellen der privaten Großbanken verfügen,

- dass trotz Internetbanken die Bank „vor Ort“ für die wirtschaftliche Entwicklung von Regionen eine wichtige Rolle spielt,
- dass Zweigstellen wichtige Kristallisationspunkte für die Entwicklung von Stadtteilen und Dörfern sind und
- dass die Bedeutung von Sparkassen über die reine Bankenfunktion hinausgeht, da sie sich auch aktiv an der Strukturpolitik beteiligen und ihr Wissen und Know-how einbringen.

Im weiteren Verlauf des Forschungsprojekts soll der Frage nachgegangen werden, ob es einen Zusammenhang zwischen Strukturstärke der Regionen und Ertragskraft der Sparkassen sowie ihrer Kreditvergabe gibt. Ziel ist es, damit den positiven Effekt der Sparkassen für eine ausgeglichene Regionalentwicklung flächendeckend nachzuweisen. www.iat.ge.de

Umstrittener Verkauf der Dresdner Wohnungsbaugesellschaft. DRESDEN. Die Linkspartei.PDS strebt in Dresden einen Bürgerentscheid an, der darauf abstellt, dass es nicht zu einem vollständigen Verkauf der kommunalen Wohnungsbaugesellschaft WOBA kommt. Am 15.7.2005 beschloss der Dresdner Stadtrat mit deutlicher Mehrheit den hundertprozentigen Verkauf der Dresdner Wohnungsbaugesellschaft WOBA Dresden GmbH. Dies bedeutet, die Stadt veräußert 47.829 Wohnungen, 1.337 Gewerbeeinheiten und 8.195 PKW-Stellplätze, inklusive der damit verbundenen Grundstücke. Die Entscheidung, die WOBA Dresden zu verkaufen, hat nicht nur bei den Mietern, sondern bei allen Dresdnern eine hohe Betroffenheit und breite Diskussionen hervorgerufen. Auch für die Linkspartei.PDS Dresden ist diese Entscheidung, die im Stadtrat unter dem hohem politischen Druck eines nicht genehmigten Haushaltes erfolgte, mit einem tiefen politischen Konflikt verbunden. <http://pds-sachsen.de>

Bürgerhaushalt. BERLIN. Im Berliner Bezirk Lichtenberg hat mit der Auftaktveranstaltung am 24.9.2005 ein in dieser Größenordnung einmaliger Prozess begonnen. Rund 250.000 Einwohner sind dazu aufgerufen, ihre Vorschläge und Ideen einzubringen, um die enorme Summe von 30 Mio Euro, den „Steuerbaren Anteil“ eines Gesamthaushaltes von 500 Mio Euro, nach ihren Wünschen zu verwenden. www.buergerhaushalt-lichtenberg.de
Zusammenstellung: baf

Das Personal ganzer Abteilungen und Stationen legt die Arbeit nieder ...

Erster Streiktag, 4. Oktober – An den Standorten Freiburg, Ulm, Tübingen und Heidelberg legten das Personal ganzer Abteilungen und Stationen die Arbeit nieder. Über 5000 Beschäftigte folgten dem Streikaufruf von ver.di. Die ArbeitnehmerInnen der Uniklinika machen unmissverständlich deutlich, dass sie eine lang andauernde Auseinandersetzung für ihre Interessen nicht scheuen werden. Die Arbeitgeberseite zeigte sich von der riesigen Streikbereitschaft beeindruckt und zugleich bestürzt.

Viele OPs werden in den nächsten Tagen keinen Patienten zu Gesicht bekommen, Küchen bleiben geschlossen, Zentralsterilisation wie Zentral-OP werden bestreikt. Die Anästhesie ist lahmgelegt. Jedes Haus der vier Uniklinika hat seine eigene besondere Strategie, um die Arbeitgeberseite zur Vernunft zu zwingen.

Die Beschäftigten der Uniklinika in Baden-Württemberg befinden sich im Erzwingungsstreik. Ein Novum in Deutschland – ein klares Zeichen von ver.di.

Das haben heute auch die Arbeitgeber verstanden, welche sich ein solches Szenario nicht auszumalen vermochten. Sie zeigen sich bestürzt – appellieren an das Gewissen der Beschäftigten. Ein wunder Punkt – in der Tat, wo diese Berufe so viel Engagement voraussetzen –, aber selbst die Patienten haben verstanden, um was es geht – nämlich um die Gewährleistung einer zukunftsorientierten qualitativ hochwertigen Gesundheitsversorgung. Diese ist nicht zu leisten durch Verzicht von 7–8% des Besitzstandes. Diese wäre gefährdet durch Verlängerung der Arbeitszeit. Qualität gibt es nicht zu Dumping-Bedingungen.

Die Arbeitgeber haben verstanden – aber werden sie auch handeln? Die Solidarität unter den Beschäftigten sprüht einem förmlich entgegen, sie hebt die Stimmung, versprüht Zuversicht und Kampfesgeist. Die ArbeitnehmerInnen und ver.di haben heute ein deutliches Signal gesetzt, sie werden und sie können kämpfen. Der Erzwingungsstreik ist das letzte Mittel zu welchem die Arbeitgeberseite die Beschäftigten durch ihre starre Verhandlungshaltung förmlich gezwungen hat. 1200 in Heidelberg, 1400 in Freiburg, 1500 in Tübingen, 1000 in Ulm kämpften heute für die 38,5-

Stunden-Woche – den Erhalt von Urlaubsgeld – und Weihnachtsgeld – für 50 Euro lineare Lohnerhöhung (25 Euro für Azubis); morgen wird der unbefristete Streik in allen Häusern fortgesetzt.



Dritter Streiktag, 6. Oktober – An den Standorten der Uniklinika Freiburg, Ulm, Tübingen und Heidelberg ist die Streikbereitschaft ungebrochen. Der Streikplan muss immer wieder der überwältigenden Streikbereitschaft angepasst werden.

In Tübingen bildete sich ein Demonstrationzug der vom Uniklinikgelände auf dem Schnarrenberg über die verschiedenen Klinikbereiche zum Holzmarkt in der Stadtmitte führte. Dieser platzt aus allen Nähten, da 2000 Menschen der ver.di-Kundgebung folgen. Ellen Paschke, ver.di-Bundesvorstandsmitglied, hält eine kämpferische Rede. Die Streikenden applaudieren und bekräftigen die Aussagen mit schrillen Pfiffen. „Diese Stimmung muss man erlebt haben“, äußert sich Sybille Stamm (ver.di-Landesbezirksleiterin) begeistert.

In Freiburg verlangt die Streikbereitschaft der Arbeitskampfleitung höchstes logistisches Können ab. Viele Streikwilligen mussten zur Arbeit überredet werden, um die Notversorgung zu gewährleisten.

In Ulm musste heute die chirurgische Tagesklinik geschlossen werden, um die Notdienste im übrigen Klinikum aufrechterhalten zu können.

In Heidelberg blieb die Küche kalt – Kartoffelsalat mit einer Roten musste reichen.

Am Wochenende wird der normale reduzierte Schichtplan gefahren – eine Gelegenheit für die Arbeitgeberseite in sich zu gehen.

Für Montag sind die Streikmaßnahmen bereits festgelegt. Freiburg, Heidelberg, Tübingen und Ulm werden keine Ruhe geben. Die nächste große Streikwelle ist bereits in Planung. Die Streikbereitschaft setzt für die Arbeitskampfleitung neue Maßstäbe. *PM ver.di*



TARIFBEWEGUNG 2005

Universitätsklinikum 16. Oktober 2005

Verhandlungsergebnis in Stuttgart erzielt

Tariferfolg an den Universitätsklinikum

Nach achttägigem Streik an den Universitätsklinikum in Freiburg, Heidelberg, Tübingen und Ulm konnte am Sonntag nach zweitägigen intensiven Verhandlungen in Stuttgart-Degerloch ein Ergebnis erzielt werden:

Wochenarbeitszeit

Hier hatten die Arbeitgeber die Einführung der 40-Stunden-Woche für alle „angeboten“ ver.di hatte die Wiedereinführung der 38,5-Stunden-Woche für alle gefordert.

Vereinbart wurde eine an der Belastung orientierte und nach Alter differenzierte Wochenarbeitszeit:

Beschäftigte unter 40 Jahren	39 Stunden
Beschäftigte zwischen 40 und 55 Jahren	38,5 Stunden
Beschäftigte über 55 Jahren	38 Stunden

Alle 2.000 Auszubildende, Schülerinnen und Schüler arbeiten 38,5 Stunden. Inkrafttreten der neuen Wochenarbeitszeitbestimmungen: 1. Dezember 2005.

Damit werden alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die inzwischen einzelvertraglich 41 Stunden arbeiten müssen, auf die neuen Arbeitszeiten zurückgeführt.

Entgelt

Die Arbeitgeber hatten 300 Euro pro Jahr als Einmalzahlungen für die Jahre 2005 bis 2007 angeboten, für die Auszubildenden und SchülerInnen 150 Euro. ver.di hatte für 2005 pro Monat 50 Euro tabellenwirksam gefordert, für die Auszubildenden und SchülerInnen 25 Euro pro Monat.

Verhandlungsergebnis:

390 Euro Einmalzahlung Februar bis Dezember 2005
195 Euro Einmalzahlung 2005 für Auszubildende und SchülerInnen
300 Euro Einmalzahlung 2006 für alle Beschäftigten, 300 Euro Einmalzahlung 2006 für Auszubildende und SchülerInnen
300 Euro Einmalzahlung 2007 für alle Beschäftigten
300 Euro Einmalzahlung 2007 für Auszubildende und SchülerInnen
Teilzeitbeschäftigte erhalten die Einmalzahlung anteilig.

Es wird eine neue Entgelttabelle erarbeitet. Diese Tabelle wird um 0,25 Prozent tabellenwirksam angehoben.

Jahressonderzahlung

Die Arbeitgeber hatten den Wegfall des Urlaubsgelds für alle und eine Kürzung des Weihnachtsgelds für alle „angeboten“. ver.di hatte eine Zahlung des Weihnachts- und Urlaubsgelds zu den alten Bedingungen für alle gefordert.

Verhandlungsergebnis:

Im Jahr 2005 ändert sich am jetzigen Zustand nichts. Ab 2006 erhalten alle Beschäftigten eine Jahressonderzahlung als Zusammenführung von Weihnachtsgeld (bisher 82 Prozent eines Monatsgehalts) und Urlaubsgeld (bisher zwischen 255 und 332 Euro) in Höhe von 88 Prozent eines Monatsgehalts.

Jahressonderzahlung 88 Prozent eines Monatsgehalts

Damit erhalten die ohne Urlaubsgeld und mit abgesenktem Weihnachtsgeld beschäftigten Kolleginnen und Kollegen wieder ihre alte Jahressonderzahlung.

Hamburg: Tarifvertrag für Containerschiffe erkämpft

HAMBURG. Acht lange Monate hatte die Hamburger Reederei Leonhardt & Blumberg sich jedem Tarifabschluss widersetzt. Jetzt musste sie nach einem siebenstündigen Boykott gewerkschaftlich organisierter Hafenarbeiter (ver.di) dem ersten Tarifvertrag für zwei Containerschiffe aus ihrer Flotte zustimmen: für die unter liberischer Flagge fahrende „Cap Lobos“ und die „NYK Prestige“. Weitere werden folgen. Die Aktionen waren Bestandteil der „Baltic Week of Campaign“ der Internationalen Transportarbeiter-Föderation (ITF). Auch für die aus Osteuropa und Nigeria stammenden Seeleute auf der Autofähre „Baltic Eager“ – die zwischen Sassnitz auf Rügen und dem russischen St. Petersburg verkehrt – wurden tarifvertragliche Regelungen erkämpft.

www.nickscafe.de/randzone

Handel global – Menschen egal Aufruf zum Aktionstag am 10.12.

STUTTGART. Die über 200 TeilnehmerInnen der Stuttgarter Konferenz „Handel global – Menschen egal“ vom 30.9.–2.10.2005, die von einem breiten Bündnis zivilgesellschaftlicher Gruppierungen getragen wurde, wenden sich an die Gewerkschaften im Zusammenhang mit der bevorstehenden Ministerkonferenz der WTO vom 13.–18.12. in Hongkong. (siehe www.hongkong-konferenz.de/).

„Die Verhandlungen in Hongkong haben Auswirkungen auf ArbeitnehmerInnenrechte, Sozial- und Umweltstandards. Die dort geplante weitere Liberalisierung des Welthandels wird unserer Meinung nach dazu führen, dass noch mehr als bisher diese Rechte und Standards als Handelshemmnisse deklariert, unterlaufen und den Interessen transnationaler Konzerne geopfert werden. In Europa kämpfen die Gewerkschaften gegen die Bolkestein-Richtlinie zur Liberalisierung der Dienstleistungen. Diese Richtlinie steht im Kontrast mit den weltweiten Bestrebungen zur Kommerzialisierung der Dienstleistungen im Rahmen des GATS-Abkommens der WTO. In Hongkong will man einen entscheidenden Schritt in der Vollendung des GATS-Prozesses tun. Auf der Agenda stehen außerdem die Radikalisierung des Freihandelsprinzips auf dem Gebiet der Landwirtschaft und der nichtlandwirtschaftlichen Güter. Wir bitten die deutschen Gewerkschaften, sich verstärkt mit der Handelsthematik zu beschäftigen und sich dabei eng mit den sozialen Bewegungen und Nichtregierungsorganisationen abzustimmen. Wir wünschen uns, dass sich die deutschen Gewerkschaften öffentlich gegen die Handelsagenda der EU positionieren, die vorrangig den Interessen der Konzerne dient. Wir möchten



Euch bitten, die Aktion „Stimmen nach Hongkong tragen“ (www.attac.de/wto/hongkong.php) zu unterstützen und Euch an dem internationalen Aktionstag am 10.12. aktiv zu beteiligen. Das wäre ein wichtiges Zeichen internationaler Solidarität. Von Bedeutung wäre auch eine persönliche Begegnung mit VertreterInnen der Hongkong People's Alliance (www.hkpa-wto.org/) und eine Unterstützung der Ziele der Gewerkschaften vor Ort.“ www.attac.de

Porta-Mitarbeiter fordern Tarifvertrag

HANNOVER. Die Arbeitgeber von Porta haben trotz eines 24-tägigen Streiks im August 2005 bisher keine Verhandlungsbereitschaft für den Abschluss eines Tarifvertrags gezeigt. Deshalb werden nach einer Unterbrechung des Streiks jetzt Aktionen von ver.di fortgesetzt. Schon die erste Aktion bewirkte, dass Porta erneut 20 Streikbrecher nach Hannover holte, in Erwartung von Aktionen am Wochenende. Allerdings umsonst, da am Wochenende von ver.di keine Aktionen geplant wurden.

In einer weiteren Aktion vor Porta am 6.10. wurde ein Flugblatt verteilt, in dem die Kundinnen und Kunden über den Sachstand des Protestes aufgeklärt wurden. In dem Flugblatt wird ausgeführt: „Liebe Kundinnen und Kunden! Unsere Arbeitgeber, die Herren Fahrenkamp und Gärtner, wollen unsere Arbeitsbedingungen, Einkommen und Arbeitszeiten extrem verschlechtern. Deswegen mussten wir als Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer der Fa. Porta Möbel bisher 24 Tage für einen akzeptablen Tarifvertrag streiken. Die Herren Fahrenkamp und Gärtner konnten bisher nicht an den Verhandlungstisch geholt werden, so dass wir den Kampf für einen Tarifvertrag mit geregelten Arbeitsbedingungen weiter fortsetzen müssen. Dafür suchen wir Ihre Unterstützung. Bitte kaufen Sie hier heute nicht ein! Bitte helfen Sie den Millionären Fahrenkamp und Gärtner bei der tarifgerechten Bezahlung ihrer Beschäftigten. Spenden sind zu richten auf das Konto: Porta Möbel & Co. KG, Commerzbank Herford, BLZ: 49440043, KTO: 2900108, Verwendungszweck: Tarifgerechte Bezahlung der Mitarbeiter!“

Mit dieser Aktion bezweckt ver.di, die Buchhaltung von Porta zu stören und zu überlasten. Die Überweisung von klein-

sten Beträgen und das von vielen Leuten werde größte Schwierigkeiten bringen, so der zuständige ver.di-Sekretär. Für diese Aktion wurde auch über den Bereich Handel hinaus in den anderen ver.di-Fachbereichen informiert und geworben. Ab November sollen die Aktionen – gerichtet auf das Weihnachtsgeschäft – wieder verstärkt aufgenommen werden. *bee*

Vernichtung von 8.500 Arbeitsplätzen bei Mercedes

STUTTGART. Jetzt zeigt sich, dass die „Zukunftssicherung 2012“ den Anspruch, unsere Zukunft wirklich zu sichern, weit verfehlt. Ende 1991 hatte die Mercedes-Benz AG deutschlandweit noch 184.061 Beschäftigte, jetzt sollen wir auf einen historischen Tiefstand von ca. 143.000 abgebaut werden. Dabei ist es dann auch nur ein schwacher Trost, wenn der BR-Vorsitzende H. Lense immer wieder darauf hinweist, dass betriebsbedingte Kündigungen bis 2012 ausgeschlossen sind.

Es gibt Alternativen! Viele Kollegen fragen sich zum Beispiel, warum denn in dieser Situation der Absatzprobleme die Unternehmensleitung die Möglichkeit der Kurzarbeit nicht einmal ins Auge fasst. Wir bezahlen doch alle über viele Jahre in die Arbeitslosenversicherung ein. Es scheint fast so, als wäre Kurzarbeit imageschädigend, Arbeitsplatzabbau dagegen gerade besonders schick. Steigt doch auch gleich nach der Ankündigung wieder der Aktienkurs. Und das lieben unsere DC-Vorstände ja besonders gerne. Gibt es ihnen doch die Möglichkeit, sich persönlich schamlos zu bereichern, wie die Beispiele aus der letzten Vergangenheit zeigten.

Arbeitszeit- statt Stellenkürzung!
Eine Arbeitszeitverkürzung um 2 Stunden bei den heute ca. 151.500 Beschäftigten entspricht rechnerisch 8.500 Arbeitsplätzen. Es mutet schon etwas seltsam an, wenn der GBR-Vorsitzende Erich Klemm in einer Email an die Beschäftigten schreibt, dass der GBR das Abfindungsprogramm vereinbart hat, um die Anwendung des Beschäftigungssicherungstarifvertrags mit einer entsprechenden Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich zu vermeiden. Dabei müsste es gar nicht ohne Lohnausgleich sein, wenn man die vom Aufsichtsrat beschlossenen 950 Millionen Euro statt in die Vernichtung in den Erhalt der Arbeitsplätze investiert. Wir fordern: • Statt Stellenabbau – entsprechende Arbeitszeitverkürzung mit vollem Lohnausgleich in Höhe der 950 Millionen Euro! • Stopp aller Fremdvergaben, weil sich Outsourcing bei Unterbeschäftigung ebenso verbietet! Stattdessen: Insourcing von Fremdleistungen!

Aus „alternative“ Nr. 9, Ztg. oppos. Gewerkschafter bei Daimler-Chrysler Untertürkheim

(gekürzt)

„LiDL ist nicht zu billigen“ – auch nicht in Mannheim!

MANNHEIM. „Warum machen wir keinen Boykott?“ war die wiederkehrende Frage des Abends. „LiDL ist nicht zu billigen“, das war für alle klar. Aber was ist zu tun? Eingeladen hatte attac-Mannheim und 35 Menschen kamen am 30.9.05 ins Forum der Jugend. im Rahmen der LiDL-Kampagnen wird auch attac-Mannheim aktiv und zum Auftakt gab es eine Infoveranstaltung. Zuerst gab Rotraud Schmidt (attac MA) eine Einführung ins Thema und ein Vorstellung der regionalen Planungen. Im Anschluss stellte Ulrich Wohland (Werkstatt für Gewaltfreie Aktion) die beiden aktuellen Kampagnen zu LiDL vor, von ver.di und von attac und erläuterte ihre Gemeinsamkeiten und ihre Unterschiede. Im Mittelpunkt stand die These, dass die Discounter mit ihren Billigangeboten – allen voran LiDL – genau von den gesellschaftlichen Problemen profitieren (z.B. Verarmung), die sie zum Teil selber erzeugen (niedrige, nicht existenzsichernde Löhne). Gefordert wird von der attac-Kampagne Transparenz und Kontrolle entlang der ganzen Wertschöpfungskette, um so gleiche soziale Rechte für alle, für die Beschäftigten hier aber auch für die Produzenten in der Dritten Welt zu ermöglichen. kim

Wanderarbeiterverband aktiv

HAMBURG. Am 15. Oktober hat die Hamburger IG BAU gemeinsam mit dem Europäischen Verband der Wanderarbeiter eine Aktion vor einem Männerwohnheim in Hamburg-Hamm durchgeführt. Drei Stunden lang informierten sie die zur Zeit weit über 100 dort untergebrachten polnischen Entsendearbeiter über ihre Rechte und diskutierten mit ihnen gewerkschaftliche Organisation.

Wir befinden uns in der Culinstraße 6, tief im Hamburger Osten. Einst gehörte das zehnstöckige Wohnhaus dem öffentlichen Wohnungsunternehmen SAGA, heute heißt die Besitzerin Verwaltungsgesellschaft Culin mbH. Doch auch hinter diesem wenig aussagekräftigen Namen soll sich jemand ganz anderes verbergen: Der berühmte Duisburger Immobilienmogul Henning Conle, der seit Jahrzehnten immer wieder in der öffentlichen Kritik steht. Rund 250 Euro warm kostet hier ein 12 qm großes Zimmer, die polnischen Arbeiter leben in Doppelzimmern – oft monatelang.

Von 14 bis 17 Uhr postieren sich heute Aktivisten der Industriegewerkschaft Bauen, Agrar, Umwelt und des Europäischen Verbandes der Wanderarbeiter vor dem Gebäude, sprechen die von den Baustellen kommenden polnischen Bauleute an. Bis zu 400 Polen werden hier zeitweise von ihren Unternehmen untergebracht, hauptsächlich von den

Baukonzernen Budimes und Calbud. Beide Unternehmen stehen bundesweit im Ruf, den allgemeinverbindlichen, tariflichen Mindestlohn von 12,30/Stunde zu unterlaufen und die Sozialkasse Bau (SoKa-Bau) zu betrügen. Dennoch werden sie regelmäßig für die großen deutschen Baukonzerne tätig, etwa für Wayss & Freytag, Hochtief oder auch die österreichische Strabag.

Da die Männer auf ihre Arbeitsplätze auf den Baustellen angewiesen sind, und sich die IG BAU mit ihrer Politik der Razzien nicht eben wenige Feinde unter ArbeitsmigrantInnen gemacht hat, kommt es dann auch nicht zur spontanen Zusammenarbeit mit den Gewerkschaftern. Erste Kontakte aber werden geschmiedet, vor allem von den Aktivisten des Wanderarbeiter-Verbandes. Die polnischsprachigen Flugblätter mit einer kurzen Ansprache und den Telefonnummern der Organisation finden reißenden Absatz.

Polnische Bauleute werden in Deutschland überwiegend untergesetzt bezahlt. In der Regel erhalten sie zwar den Mindestlohn für eine vertraglich vereinbarte Arbeitszeit, müssen dann aber monatlich weitere bis zu 100 Stunden umsonst schuften. Da die Männer in der Regel auch noch unterschreiben müssen, dass sie beispielsweise nur 130 Stunden/Monat arbeiten, fällt die nachträgliche Beweisführung bei der Er kämpfung der fehlenden Löhne schwer. Davon abgesehen kommen immer wieder Fälle vor, in denen die Arbeiter überhaupt keinen Lohn erhalten haben, wie aktuell beim polnischen Fliesen-Unternehmen Granit-Brzesko, einem Subunternehmen des deutschen Unternehmens Marmor-Müller.

Der Verband der Wanderarbeiter wurde im September 2004 von der IG BAU gegründet und hat nichts geringeres zum Ziel, als Organisationsstruktur aller wandernden ArbeiterInnen in Europa zu werden. Dafür erweitert sich der Verband kontinuierlich: Nachdem man sich zunächst fast ausschließlich auf polnische Bauleute konzentriert hat, sollen in einem nächsten Schritt auch ungarische Bauleute organisiert werden, zudem bereitet man sich für die nächste Erntesaison auf den Einsatz bei ErntehelferInnen in der Landwirtschaft vor. Parallel dazu sucht der Verband offensiv KooperationspartnerInnen im In- und Ausland und spricht zu diesem Zweck bei Gewerkschaften, Vereinen, AnwaltInnen und Sozialverbänden vor.

Wer sich weiter informieren oder in Kontakt treten will, kann dies tun unter:

European Migrant Workers Union, Hedderheimer Landstraße 151, 60439 Frankfurt am Main, Telefon: 069 – 951 19 930. Fax: 069 – 951 19 939, www.migrant-workers-union.org

Chemieindustrie erleidet Niederlage durch Europaparlament.

FAZ, Mi., 5.10. Im Kampf gegen die EU-Chemikalienverordnung erlitt die Chemieindustrie einen Rückschlag. Der im Europaparlament federführende Umweltausschuss lehnte es ab, den Entwurf der EU-Kommission für die Registrierung von Chemikalien stärker an den Wünschen der Branche auszurichten. Europäische Hersteller sollen 30 000 Chemikalien, die vor 1981 eingeführt wurden, bei einer neuen Chemieagentur registrieren und genehmigen lassen. Die Informationspflicht gegenüber den Verbrauchern wurde erhöht und Austausch von gefährlichen Stoffen wird Pflicht. Die Industrie spricht sich vehement dagegen aus und dringt auf Änderungen. Der Beschluss des Umweltausschusses muss noch im Plenum abgestimmt werden.

Wirtschaft erleichtert über Bildung großer Koalition. FAZ, Di., 11.10. DIHK-Vorsitzender M. Wansleben meint, es könne von Vorteil sein, dass in einer schwierigen Situation künftig eine Frau Bundeskanzlerin sein werde. Das zentrale Thema der Bundesregierung müsse die Schaffung von Arbeitsplätzen sein. Um dies zu erreichen, müssten föderale Strukturen in Deutschland reformiert, die öffentlichen Haushalte konsolidiert, Bürokratieabbau vorangetrieben und der Arbeitsmarkt flexibilisiert werden.

BDA und VDMA fordern gesetzliche Öffnung der Tarifverträge. FAZ, Mi., 12.10. VDA-Präsident D. Hundt setzt auf Regierungsgespräche mit den Tarifpartnern. „Wir verbinden damit die Hoffnung, dass es zu einer gesetzlichen Öffnung der Tarifverträge kommt, ... es ist jetzt die Frage, ob es einen Konsens auch für die gesetzliche Regelung gibt oder ob über Gespräche zu erreichen ist, dass die Tarifpartner flächendeckend die Aufgabe in die Hand nehmen.“ D. Brucklacher, Präsident des Verbandes Deutscher Maschinen- und Anlagenbau sagte: „Wir setzen die betrieblichen Bündnisse weiterhin in die Praxis um, wir warten nicht auf die Politik und werden Vorreiter sein.“ Irgendwann werde die Macht des Faktischen größer sein.

DIHT verlangt Ende der staatlichen Eingriffe in Energiepreise. FAZ, Fr., 14.10. Die Belastung der Energiepreise durch staatliche Eingriffe muss gesenkt und gleichzeitig die Energieforschung vorangetrieben werden, so der DIHT. Marktbeherrschende Stellungen müssten durch das Kartellrecht reguliert werden, um den Missbrauch in hochkonzentrierten Energiemärkten zu verhindern. „Andernfalls führen Energiepreise, die weit über denen anderer Staaten liegen, auf Dauer zur Verlagerung ganzer Wertschöpfungsketten,“ droht G.L. Braun, DIHT-Präsident.

Presseauswertung: rst.

Über die Mitgliederversammlung der Linkspartei. PDS in Rheinland-Pfalz berichten Jochen Bülow und Tom Strohschneider im *Neuen Deutschland* am 17.10.2005:

Die rheinland-pfälzische Linkspartei hat nur knapp einen Eklat vermieden und per Parteitagsbeschluss auf eine Kandidatur bei den Landtagswahlen im März verzichtet. Ein Bündnis mit der WASG gilt in dem Landesverband als umstritten. In Berlin, wo sich die Zusammenarbeit beider Parteien auch nicht einfach gestaltet, soll nun der WASG-Vorstand neu gewählt werden.

„Wir treten nicht zur Landtagswahl an und deswegen haben wir gute Chancen auf einen Einzug in den Landtag.“ So schildert ein Genosse die rheinland-pfälzische Situation der Linkspartei nach dem Parteitag. Im April hatte man beschlossen, selbst zur Landtagswahl anzutreten. „Unter völlig anderen politischen Gegebenheiten“, argumentiert Vorstandsmitglied Gert Winkelmeier heute. Damals sei an eine Zusammenarbeit mit der WASG nicht zu denken gewesen. Weil diese Zusammenarbeit aber nun hüben wie drüben vehement gefordert wird, musste der Beschluss vom Tisch.

Dabei standen sich zwei Anträge gegenüber: Der Vorstand wollte den alten Beschluss kurz und knapp kassieren, ein konkurrierender Antrag stellte dagegen Bedingungen: Der Verzicht auf die eigene Kandidatur solle nur dann erfolgen, wenn ein gemeinsamer Mitgliedertag von Linkspartei und WASG „beschlossen hat, welche Partei die Liste einreicht und unter welcher Kurzbezeichnung die Liste eingereicht wird“. Zudem sollte ein eigener Wahlantritt der Linkspartei vorbereitet werden, wenn bis Ende Oktober kein „Termin für einen gemeinsamen Beschluss vereinbart ist“. Das, so ließen die drei anwesenden WASG-Vorstände durchblicken, sei Erpressung und mit der Wahlalternative nicht zu machen. Stundenlang wogte die Diskussion hin und her. Nach drei Abstimmungen, Wirbel um Satzungsfragen, zu viel abgegebenen Stimmen, dem Versprechen von WASG-Landesvorstand Margot Gudd, sich für Fairness und „Augenhöhe“ zu verwenden und schließlich der Rücknahme des „Erpressungs“-Antrages stimmten die Genossen dem Verzicht auf eine eigene Kandidatur dann doch zu. 25 Gegenstimmen und zwei Enthaltungen bei 70 Delegierten illustrieren indes die Zerrissenheit der Partei.

Zerrissen vor allem in der Frage einer möglichen Fusion mit den Sozialisten ist auch der Landesvorstand der Berliner WASG. Mit dem Beschluss,

das Gremium neu zu wählen, soll nun die „Selbstblockade“ aufgehoben werden, sagte eine Sprecherin am Sonntag. Außerdem will sich der WASG-Vorstand nach einer Verdoppelung der Mitgliederzahlen seit der letzten Wahl eine neue Legitimation verschaffen. In der Berliner WASG stehen sich Befürworter und Kritiker einer raschen Fusion mit der mitregierenden Linkspartei gegenüber. Die Sozialisten, so ein Argument der Gegner, würden im Berliner Senat neoliberale Politik betreiben.

Wer wählt die Linkspartei? unter dieser Überschrift hat die Rosa-Luxemburg-Stiftung in „Standpunkte 19/2005“ einen Aufsatz von Michael Brie und Christoph Spehr veröffentlicht die zu folgender Analyse kommen:

„Obwohl es seit dem Wahlabend von selbsternannten Gewinnern der Wahl nur so wimmelt, gibt es nur zwei Wahlgewinner der Bundestagswahl 2005: die Linkspartei und die FDP. Die FDP gewann 1,1 Millionen Stimmen hinzu, fast ausschließlich von der CDU/CSU. Die Linkspartei gewann von allen Parteien und von den Nichtwählern, am stärksten aber mit ebenfalls fast einer Million Stimmen von der SPD. Dass hier nicht nur taktisches Wählerverhalten maßgebend ist, zeigt sich an der Struktur der jeweiligen Wählerschaft von FDP und Linkspartei. Sie sind in weiten Teilen spiegelbildlich. Die Wähler der Linkspartei kommen deutlich überproportional aus Gruppen mit niedriger Kaufkraft, von Arbeitslosen und Arbeitern. Die höchsten Stimmanteile und stärksten Zuwächse erzielte sie bei Männern der Altersgruppe von 45-59 Jahren. Die Wähler der FDP kommen deutlich überproportional aus Gruppen mit hoher Kaufkraft, von Selbständigen und Hausbesitzern. Ihre höchsten Stimmanteile und stärksten Zuwächse erzielte sie bei Männern der Altersgruppen von 18-29 und 30-44 Jahren. Das ist das Ergebnis einer sozialen Spaltung, die nach 16 Jahren Kohl und 7 Jahren Schröder, und 15 Jahre nach der Wiedervereinigung, mit dem vollen Inkrafttreten der Hartz IV-Gesetze Wirklichkeit geworden ist. Während sie in der „Mitte“ immer noch geeignet wird, formieren sich neue Kraftzentren: Eine Linke, die dagegen eine soziale gerechte und integrative

Gesellschaft durchsetzen will, und eine wirtschaftsliberale Gewinnerschicht des Neoliberalismus, deren politischer Hauptinhalt die weitere Aufstockung der eigenen Geldbörse ist. Die politische Ost-West-Spaltung ist dagegen im Abnehmen begriffen. Dass mit der Linkspartei eine gesamtdeutsche linke Kraft angetreten ist, deren absolute Stimmenzahl in den alten und neuen Bundesländern annähernd gleich hoch ist, ist ein wichtiger Faktor dabei. Die einzige der alten Parteien der Bundesrepublik, die in den neuen Bundesländern massiv schlechter abschneidet als in den alten, ist die CDU. Die Wahlbeteiligung hat vor allem in den neuen Ländern zugenommen, das West-Ost-Gefälle in der Wahlbeteiligung hat sich damit deutlich verringert.

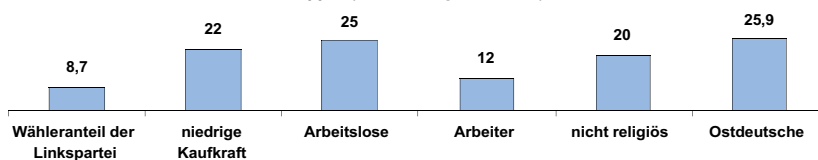
In einem einzigen, aber wesentlichen Aspekt sind sich die Wählerstrukturen von FDP und Linkspartei dagegen ähnlich: Beide wurden überdurchschnittlich stark von Männern gewählt. Das Spiegelbild beider sind hier die Grünen, die weiterhin überdurchschnittlich stark von Frauen gewählt werden. Die Linkspartei erzielte 9,6 % bei den Männern (West: 5,9 %, Ost: 25,9 %), 7,9 % bei den Frauen (West: 4,0 %, Ost: 24,6 %). Bei den jüngeren Altersgruppen (18-29 bzw. 30-44 Jahre) wurde sie von Männern und Frauen gleich häufig gewählt (im Westen etwas stärker von Männern, im Osten stärker von Frauen), bei den höheren Altersgruppen (45-59 bzw. 60 und älter) dagegen deutlich stärker von Männern. Die FDP erzielte 10,4 % bei den Männern (West: 11,1 %, Ost: 7,1 %) und 9,3 % bei den Frauen (West: 9,5 %, Ost: 8,6 %). Am stärksten wurde sie von Wählern der Altersgruppe 18-29 gewählt (12,0 %), und zwar im Westen besonders von Männern (12,7 %), im Osten von Frauen (11,4 %).“

Zusammenstellung: jöd

Niedrige Kaufkraft Schaubild vom ARD

SPD	31.3
Union	28.5
Grüne	5.1
FDP	8.1
Linke	21.7
REP	0.4
NPD	3.2
Andere	1.8

Grafik 3: Zweitstimmenanteil der Linkspartei in bestimmten gesellschaftlichen Gruppen (www.stat.tagesschau.de)



Menschenverletzungen beenden, EU-Grenzen öffnen, Kooperation mit Afrika entwickeln !

Das Flüchtlingsdrama an der nordafrikanisch-europäischen Grenze nimmt kein Ende. Schneller noch als angekündigt beginnen Spanien und die EU damit, die afrikanischen Flüchtlinge, die es in die spanische Kolonien Melilla und Ceuta geschafft haben, nach Marokko zurückzuschaffen und die weitere Verantwortung auf Marokko abzuschieben. Marokko hat damit begonnen, Flugzeugladungen von Flüchtlingen in die vermuteten Herkunftsländer zu deportieren. Noch schlimmer: Insgesamt an die 2000 Flüchtlinge wurden in der Wüste ausgesetzt.

Ärzte ohne Grenzen berichtet

7. Oktober: „Ein Team der internationalen Hilfsorganisation Ärzte ohne Grenzen ist in der Wüste im Süden Marokkos auf eine Gruppe von über 500 Einwanderern aus dem subsaharischen Afrika gestoßen. Die Menschen berichteten, die marokkanische Polizei habe sie in Bussen und auf Lastwagen in die Wüstengegend 600 Kilometer südlich von Oujda gebracht, nachdem sie von der spanischen Polizei unter anderem aus Ceuta und Melilla abgeschoben worden waren. Anschließend wurden die Einwanderer sich selbst überlassen.“

Ärzte ohne Grenzen traf in der Nähe des Dorfes El Aouina-Souatar auf die Einwanderer. Eigenen Angaben zufolge waren sie zuvor in ein 30 Kilometer weiter östlich gelegenes Wüstengebiet in der Nähe der algerischen Grenze geschafft worden. „Wir verurteilen die Abschiebung der Einwanderer und ihre Aussetzung in einer Gegend, in der es weder Unterkunft noch Nahrung, Trinkwasser oder medizinische Versor-

gung gibt. Noch dazu sind viele von ihnen verletzt oder krank“, sagt Javier Gabaldón, Koordinator des Notfalleinsatzes.

Die Teams haben bereits über 50 Einwanderer mit Wunden und Prellungen behandelt. Einige der Patienten hatten versucht, die Grenzzäune von Ceuta und Melilla zu überwinden und sich bei Stürzen und anderen Unfällen verletzt. Andere Verletzungen sind dagegen auf Gewalteinwirkung durch Schläge und Gummigeschosse zurückzuführen. Dies zeigt erneut, dass die Betroffenen Opfer von Gewaltanwendung durch die spanische und marokkanische Polizei sind.“

12. Oktober: „Die internationale Hilfsorganisation Ärzte ohne Grenzen fordert ungehinderten Zugang zu rund 1.000 Immigranten aus Ländern südlich der Sahara, um diese medizinisch zu versorgen. Ein Teil der Menschen war zuvor von der Regierung Marokkos in die Wüste nahe der südöstlichen Grenze des Landes gebracht worden, wo Ärzte ohne Grenzen sie ohne Wasser und Nahrungsmittel angetroffen hatte. Nun sind die Immigranten nach tagelanger Reise in der Nähe der Stadt Goulimine angekommen. Dort sind sie jedoch bislang von jeglicher medizinischer Hilfe abgeschnitten.“

Goulimine liegt rund 1.500 Kilometer südwestlich von der Hauptstadt Rabat. Die Einwanderer waren knapp eine Woche unter unmenschlichen Bedingungen unterwegs und wurden von den Behörden Marokkos an immer neue Orte gebracht. Ärzte ohne Grenzen folgte den Immigranten über mehr als 2.500 Kilo-

meter und fordert, dass sie menschlich behandelt werden. Dazu gehört medizinische Versorgung, Trinkwasser, Nahrung, Unterkunft und menschenwürdige Behandlung.

„Die Betroffenen sind vollständig erschöpft. Unter ihnen befinden sich Kranke, Verletzte, Schwangere und Kinder, die sofortige medizinische Behandlung benötigen“, sagt Javier Gabaldón, Koordinator von Ärzten ohne Grenzen in Marokko.“

Einem Bericht von „El País“ zufolge haben Angehörige der Polisario (Befreiungsfront für die Westsahara) 50 Afrikaner

mitte in der Wüste entdeckt. Sie waren von marokkanischen Soldaten in einem verminten Frontstreifen ausgesetzt worden.

Kritik und Proteste nehmen zu

Völlig verschieden sind die Konsequenzen, die die europäischen Regierungen und die Institutionen der EU auf der einen, Menschenrechts- und Flüchtlingsorganisationen, die Afrikanische Union oder auch das UN-Flüchtlingskommissariat (UNHCR) aus der Flüchtlingskatastrophe ziehen.

Der UNHCR kritisiert, dass den Deportierten verweigert wurde, Asylanträge zu stellen. Der Flüchtlingskommissar geht davon aus, dass sich unter ihnen bis zu 100 politisch Verfolgte befänden. Er wirft Spanien und Marokko vor, gegen die Genfer Flüchtlingskonvention zu verstoßen, die eine Abschiebung von Asylbewerbern in Länder, in denen ihn Gefahr droht, verbietet.

Die UN-Mission in der Westsahara (MINURSO) sucht verstärkt nach ausgesetzten Flüchtlingen und hat die Zahl der Hubschrauber-Patrouillenflüge erhöht. UN-Sonderermittler Bustamante fordert das Ende der Deportationen, da diese Menschenleben gefährden.

Der Präsident der Afrikanischen Union, Konaré, während eines Besuchs in Brüssel auf die Katastrophe in Ceuta/Melilla angesprochen, reagiert „geradezu explosiv“, wie die österreichische Zeitung „Der Standard“ (13.10.) meldet. Sie zitiert ihn mit den Worten: „Das sind keine Banditen, keine Gauner, keine Faulpelze. Man hat uns 30 Jahre vergessen.“ Und weiter: „Man müsse die Agrarsubventionen infrage stellen, sagte der frühere Staatspräsident von Mali an die Adresse von EU und USA.“

Die Organisation Ärzte ohne Grenzen macht darauf aufmerksam, dass die von Spanien und Marokko praktizierte Abschiebung von Migranten in ein Aufnahmeland, das die Grundrechte der Betroffenen nicht garantieren kann, Artikel 3 des Übereinkommens gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe (Anti-Folter-Konvention) verletzt. Laut diesem Artikel der von beiden Ländern unterzeichneten Konvention darf kein Vertragsstaat Personen in einen Staat ausweisen oder abschieben, in dem offenkundige und massive Verletzungen der Menschenrechte stattfinden. Auch Pro Asyl greift in einem Brief an den spanischen Premierminister Zapatero die „flagrante Völkerrechtsverletzung“ an; die Abschie-



In der Wüste ausgesetzt



bungen seien unter Verletzung der Genfer Flüchtlingskonvention und der Europäischen Menschenrechtskonvention geschehen. Ähnlich äußert sich der Europäische Rat für Flüchtlinge und Exilanten, der außerdem kritisiert: „Wir sehen den Versuch, eine neue Berliner Mauer rund um Europa zu bauen, was tragische Folgen hat und nicht funktionieren wird.“

Amnesty International rief Anfang Oktober zu einer „Dringenden Aktion“ auf mit dem Ziel, gegen den verstärkten Einsatz von Militär an den Grenzen zu protestieren: „Dies könnte zum Einsatz exzessiver Gewalt und zu weiteren Verletzungen und Tötungen von MigrantInnen führen.“ Zeitungsberichten zufolge fordert es ein „radikales Umdenken“ in der europäischen Flüchtlingspolitik.

Seit den ersten Tagen der Massenabschiebungen durch Spanien und Marokko finden in zahlreichen europäischen Städten wie auch in Rabat Protestaktionen statt (siehe Bilder). In Barcelona beteiligten sich 2000, die bisher größte Demonstration in der BRD fand mit über 500 Teilnehmern am 14.10. in Hamburg statt. Weitere Kundgebungen und Demonstrationen sind auch in den nächsten Tagen geplant. Am 29. Oktober soll wahrscheinlich ein internationaler Aktionstag stattfinden.

Marokkanische und spanische Menschenrechtsorganisationen verfassten am 3.10. gemeinsam die „Erklärung von Larache“, in der sie die Menschenrechtsverletzungen kritisieren und die europäischen Länder an ihre Verantwortung erinnern. Wir dokumentieren auszuweise:

Erklärung von Larache

„(...) Aus all diesen Gründen und obwohl wir uns der Komplexität der Faktoren, die dieses Problem berühren, bewusst sind, schlagen wir Folgendes vor:

- dass man eine Untersuchungskommission bildet mit der Beteiligung von unabhängigen internationalen BeobachterInnen, welche alle vorgefallenen Ereignisse von Ceuta und Melilla aufklärt und die Verantwortlichkeiten dafür festlegt;
- dass die Verfolgung, Feindseligkeit,

Gewalt und die Abschiebungen in den Tod an die Grenzen zu Algerien und Mauretanien durch die marokkanische Regierung sofort aufhören;

- dass man den Zugang zu Notfallversorgung für diese Personen durch internationale Organisationen mit humanitärem Auftrag zulässt und ermöglicht;
- dass die internationalen Abkommen penibel eingehalten werden und die spanischen Gesetze, die die Asylsuchenden schützen und die Protokolle über die Behandlung der MigrantInnen vorsehen, (beachtet werden). Insbesondere müssen die illegalen Ausweisungen durch die Guardia Civil aufhören;

(...)

• in einer etwas grundsätzlicheren Art sind wir der Auffassung, dass ein Richtungswechsel der Migrationspolitik der Europäischen Union unverzichtbar ist, dass die Kriterien der Solidarität und der Menschenrechte die Achsen der Politik inspirieren sollten. In der gleichen Art, wie es unverzichtbar ist, die Aufnahme würdiger zu gestalten und Politiken zu bevorzugen, die die Integration der Personen erleichtern, die nach Europa gekommen sind;

• schließlich und als längerfristige Maßnahme schließen wir uns allen Kampagnen und Forderungen an, die eine Streichung der Auslandsschulden, von 0,7 % für Entwicklungshilfe und die Aufnahme eines ehrgeizigen Kooperationsplanes für strukturelle Entwicklung beinhalten, die vorrangig dazu bestimmt sein soll, die Armut und das Elend abzuschaffen, in dem der afrikanische Kontinent lebt. Auf die gleiche Art und Weise gilt es, diejenigen zu

unterstützen, die sich für eine Beendigung der Gewalt, die zahlreiche afrikanischen Länder verwüstet, und für ihre Demokratisierung einsetzen.“

Auch in Marokko wächst der Widerstand. Das Nationale Sekretariat der oppositionellen Organisation Annahj Addimocrati (Demokratischer Weg) aus Rabat wendet sich in einer Mitteilung vom 5.10. schroff dagegen „dass unser Land in einen Söldnerstaat verwandelt wird“. Auch hier ein Auszug.

Mitteilung

„(...) Wir klagen dieses inhumane Verhalten an, das nicht den Interessen unseres Volkes dient. Die Menschen von südlich der Sahara, die abgeschoben werden, haben Marokko seit 2003 durchquert, und kein Zwischenfall wurde registriert, außer dass einige Medien (die nichts als die Stimme ihres Herrn sind) sich letztlich dazu hergegeben haben, Angst und Xenophobie zu verbreiten, um die öffentliche Meinung zum Schlechteren vorzubereiten.

Unsere eingewanderten afrikanischen Brüder sind weder Kriminelle noch Terroristen, der europäische Imperialismus hat nur Angst vor ihrer Hoffnung und ihrem Kampf ums Überleben. Ihre Vorfahren wurden unterjocht durch den europäischen Kolonialismus, ihre Reichtümer wurden geraubt und ihre Umwelt zerstört durch die transnationalen Organisationen und Konzerne, ihre Würde wurde in den Dreck gezogen durch die Diktaturen, die eingesetzt wurden durch eben diesen Imperialismus. Das, was den ‚illegalen‘ subsaharischen Einwanderern übrig bleibt,

ist, wie woanders für die MarokkanerInnen, (in der Klan-destinität!) dorthin zu gehen, um ihre Arbeitskraft zu schlechteren Bedingungen zu verkaufen, nur um zu überleben. Was will nun die marokkanische Regierung, indem sie sich zum Polizisten der EU macht? Sie weiß sehr gut, dass die Abschiebungen nur den



Demonstrationen in Hamburg, Barcelona (oben), Den Haag

Hass der afrikanischen Völker gegen unser Volk erzeugen.

Statt dass die Regierung die Gelegenheit ergreift, um Verhandlungen zu fordern über die Zukunft von Ceuta und Melilla und die besetzten kleinen Inseln, lässt sie den EU-Kommissar für Justiz und Sicherheit unsere Intelligenz beleidigen. Europa, Region des Asyls und der Menschenrechte, bietet der marokkanischen Regierung 40 Millionen Euro an, um die Grenzen zu überwachen, die wir immer in Frage gestellt haben. Europa will aus Marokko einen Söldnerstaat machen!

Noch besser, der EU-Kommissar will aus Marokko einen Geiselnnehmer machen. Er will, dass die marokkanische Regierung (in seinen Worten) 'die Klandestinen, die illegal auf spanisches Gebiet eingedrungen sind von marokkanischem Territorium aus', zurückerkauft.

Gegenüber dieser gefährlichen Eskalation von Seiten der Europäischen Kommission, die unser Land zum Polizeistaat Europas machen will, um die Bevölkerungsbewegungen in Nord- und Westafrika zu überwachen, rufen wir alle ernsthaften DemokratInnen in Marokko, im Maghreb und in Europa auf, ihre Entrüstung zu zeigen gegenüber dieser Höllenmaschine der Repression, finanziert durch die EU und ausgeführt durch die marokkanische Regierung.“ (Die beiden hier zitierten Dokumente sowie weitere sind auf der Seite des Flüchtlingsrats Hamburg zu finden: www.fluechtlingsrat-hamburg.de)

Die EU

In den ersten Stellungnahmen der Kommission nach dem Drama in Ceuta war noch die Rede davon, dass die Einwanderungspolitik geändert und ein rechtlicher Rahmen für legale Einwanderung geschaffen werden müsse. Davon ist nun nichts mehr zu hören. Schily, dem deutschen Bundesinnenminister, fällt vor dem Treffen der EU-Innenminister nichts anderes ein, als erstens den afrikanischen Staaten mit Sanktionen zu drohen, wenn sie die Flüchtlinge nicht zurücknehmen, und zweitens seine Idee der „Auffanglager“ in Afrika erneut in die Diskussion zu bringen.

Die EU-Kommission verabschiedete unterdessen eine Zehn-Jahres-Strategie zur Bekämpfung der Armut in Afrika, deren Kernpunkte Presseberichten zufolge sind:

- Die Finanzhilfen sollen schrittweise von 17 Mrd. (2003) auf 25 Mrd. Euro (2010) erhöht,
- die Programme der EU und der Mitgliedstaaten besser abgestimmt werden;
- Schwerpunkt sollen sein der Bau von Straßen- und Schienennetzen und der Ausbau der Wasser- und Energieversorgung;
- ein Hilfsprogramm soll afrikanischen Studenten eine Ausbildung in Eu-

ropa ermöglichen, wenn sie sich zur Rückkehr verpflichten.

Offensichtlich hatte die Kommission zunächst erwogen, eine an den wirtschaftlichen Interessen der EU orientierte begrenzte Einwanderung zu ermöglichen. Der Präsident der Afrikanischen Union (AU) hat diese Vorstellung einer „selektiven Zuwanderung“ jedoch als „brain drain“ Afrikas bezeichnet, der die Ausbeutung fortsetzt.

Die Europaabgeordnete der Linkspartei PDS Sylvia-Yvonne Kaufmann kritisiert die EU-Afrika-Strategie als „widersprüchlich“: Einerseits „macht der Ansatz der für zehn Jahre bemessenen EU-Afrika-Strategie Sinn, wonach das Einwanderungsproblem an den europäischen Grenzen zu Afrika nur durch die Behebung der Ursachen in Afrika selbst gelöst werden könne – und das heißt Überwindung der Verelendung der Menschen auf diesem Kontinent. Unter anderem sind die Verdoppelung der Entwicklungshilfe, die Förderung der Bildungs- und Gesundheitssysteme, ein europäisches „Peace Corps“ sowie europäisch-afrikanische Partnerschaften von Parlamenten, Gemeinden, Schulen, Universitäten oder Unternehmen vorgesehen. Das alles stimmt.

Dennoch kann von einer stimmigen Gesamtstrategie keine Rede sein, wenn gleichzeitig die Stacheldrahtzäune erhöht und nach dem Willen der EU-Innenminister im Rahmen von „Schutzprogrammen“ Auffanglager für Flüchtlinge auf afrikanischem Territorium errichtet werden. Die zunehmende Arbeitsimmigration von Süd nach Nord kann nicht durch Abschottung bekämpft werden. Es ist zynisch, den Flüchtlingsschutz auf arme Staaten wie Marokko oder Tansania abzuwälzen.

Ob die EU und mithin die alten europäischen Kolonialmächte mit ihren afrikapolitischen Vorstellungen ihrer Verantwortung gerecht werden, darf ... bezweifelt werden. Teile der verkündeten Afrika-Strategie erinnern schon an alte Kolonialzeiten. So soll als ihr zentrales Ziel der Bau von Schienen- und Straßennetzen und die Wasser- und Energieversorgung forciert werden, um afrikanische Exportprodukte schneller auf die Weltmärkte zu bringen. Afrika, so EU-Kommissionspräsident Barroso, benötige Infrastrukturprogramme, um von der Liberalisierung des Welthandels zu profitieren. Afrika als Rohstofflieferant für die Weltmärkte. Genau das war das Konzept der Kolonialmächte. Heute wollen das die Multis in der EU. Schließlich will sich die Kommission offenbar nicht mit der europäischen Agrarlobby anlegen, obwohl es gerade die immense Agrarsubvention in Europa ist, die den Afrikanern ihre Existenzgrundlagen raubt und sie zur Flucht zwingt.“

Zusammenstellung: sec

Eine Veranstaltungsreihe des Rosa-Luxemburg-Bildungswerks Hamburg zur Metropoldiskussion in zwei Staffeln

Hamburg: Wachsende Stadt durch schrumpfendes Gemeinwesen?

„Hamburg leuchtet. Hamburg wächst. ‚Metropole Hamburg – Wachsende Stadt‘ nennt der Senat der Hansestadt sein Leitbild. Hamburg ist die Stadt gegen den Trend in Deutschland. Sie bietet Arbeitsplätze, ihre Bevölkerung wächst. In den nächsten Jahrzehnten auf zwei Millionen, wie die Mutigen sagen. 1,7 Millionen sind es derzeit. Die politischen Verhältnisse sind stabil. Die CDU regiert mit absoluter Mehrheit. Ole von Beust, fünfzig Jahre alt, ist ein beliebter Bürgermeister.“

So sieht die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (27.9.05) die „Zukunftsfrohe Stadt“, in der von „Pessimismus und wirtschaftlichem Niedergang nichts zu spüren“ sei. Behauptungen die verfangen und die auf den Prüfstand gestellt gehören.

Das Rosa-Luxemburg-Bildungswerk führt zum zweiten Mal gemeinsam mit dem Department Wirtschaft und Politik der Universität Hamburg eine Veranstaltungsreihe durch, die sich zum Ziel setzt, die Konzeption „Wachsende Stadt“ zu überprüfen. Hatte die erste Reihe sich schwerpunktmäßig mit der wirtschaftspolitischen Seite des Konzeptes, den darin geförderten „Clustern“ (etwa die Luftfahrttechnik, Hafen / Logistik, Medien sowie Life sciences) sowie wachstums- und beschäftigungspolitischen Alternativen insbesondere aus der Sicht von Betriebsräten und Gewerkschaften thematisiert (siehe Buchankündigung nächste Seite), soll sich die 2. Staffel noch stärker mit den Auswirkungen auf die Bürgerinnen und Bürger in der Stadt beschäftigen.

Das RLB hat zu den jeweiligen Themen engagierte Künstler, Wissenschaftler und Gewerkschafter gebeten, die Realität der „Wachsenden Stadt“ in den jeweiligen Bereichen und die heutigen und zu erwartenden Konfliktlinien zu analysieren. Welche Folgen haben die Maßnahmen auf Jugendliche, auf Erwerbslose und Menschen in sozialen Randlagen? Welche neuen Erkenntnisse liegen zur Sozialen Lage in der Metropole Hamburg vor? Wie wirkt die „Wachsende Stadt“ auf die Kultur, aber auch die Lebens- und Arbeitssituation von Künstlerinnen und Künstlern in Hamburg? (...)

Das Rosa-Luxemburg-Bildungswerk plant wiederum, die Referate und Materialien dieser Themenreihe zu veröffentlichen.



→ Di. 8. November 2005 – 19 Uhr
Hamburg – Wirtschaftsmetropole im Nordstaat oder norddeutsche Wirtschaftsregion in Europa? Dr. Dieter Vesper (wiss. Referent beim Deutschen Institut f. Wirtschaft, Berlin)

→ Di. 15. November 2005 – 19 Uhr
Grusical oder Musical? Kultur als Event und Standortfaktor in Hamburg. Rolf Becker (Schauspieler) und Prof. Joachim Kuntzsch (Hochschule f. Musik)

→ Di. 22. November 2005 – 19 Uhr
Lebenswerte Stadt, aber arbeitslos? Arbeitsmarktpolitik in der wachsenden Stadt Roland Kohsiek (Leiter Fachbereich 05 ver.di)

→ Di. 29. November 2005 – 19 Uhr
Sozialberichterstattung in Hamburg. Vom Sozialatlas zum Metropolenbericht. Ulrich Podszuweit (Sozialwissenschaftler)

→ Di. 6. Dezember 2005 – 19 Uhr
Jugend- und Sozialpolitik auf dem Abstellgleis. Peter Gerdes (Dozent)

→ Di. 13. Dezember 2005 – 19 Uhr
Podiumsdiskussion: Soziale Alternativen in der Wachsenden Stadt mit Dr. Rainer Volkmann (Volkswirt an der HWP), Christiane Schneider (Landesvorsitzende der Linkspartei.PDS) u.a.

Alle Veranstaltungen der Reihe finden statt in der HWP, Department Wirtschaft und Politik der Universität Hamburg, Von-Melle-Park 9 – jeweils dienstags 19 bis 21 Uhr
Rosa-Luxemburg-Bildungswerk Hamburg e.V.

Buchankündigung

Im Jahre 2002 übernahm ein konservativer Senat aus CDU, FDP und Schill-Partei die Regierungsverantwortung in Hamburg. In der Regierungserklärung des Ersten Bürgermeisters von Beust vom November 2001 wurde ein Langfristkonzept „Metropole Hamburg – wachsende Stadt“ vorgestellt, das einen weiteren Ausbau der Metropolfunktion Hamburgs sowohl für das Umland als auch im Kontext des nationalen und internationalen Wettbewerbs von Städten und Regionen anstrebt. In dieser „Konkurrenz der Städte und Regionen um Investitionen und Arbeitsplätze“ soll Hamburg attraktiver werden, insbesondere auch für internationale Unternehmen. Konkretisiert wurden diese Vorstellungen dann im Sommer 2002 in einer Senatsdrucksache mit dem Titel „Leitbild Metropole Hamburg – Wachsende Stadt“. Mit einer gezielten Wirtschaftsförderung so genannter Kompetenz-Cluster wie Life Sciences, IT und Medien, Luftfahrtindustrie, Hafen und Logistik und dem China-Handel, aber auch durch den verstärkten Ausbau von Wohnbau- und Gewerbeflächen sollen sowohl eine Erhöhung der Einwohnerzahl als auch steigende Steuereinnahmen erreicht werden. Das Ziel besteht im Wachstum von Ham-



Erscheint Ende Oktober im GNN-Verlag
Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg
Tel. (040) 43 18 88 20 eMail:
gnn-hhsh@hansenet.de
ISBN 3-938372-04-4, 120 S. 6,90 Euro

burgs Humankapital und seiner Finanzkraft. (...) (Aus der Einleitung)

Die Beiträge dieser ersten Veranstaltungsreihe liegen in Kürze in einem Buch vor.

In einem Beitrag von Rainer Volkmann, Dozent für Volkswirtschaftslehre, wird das Konzept der „Wachsenden Stadt“ näher vorgestellt und den Fragen nachgegangen, inwieweit es sich von anderen Konzepten zur Hamburger Regionalpolitik unterscheidet und welche möglichen Folgen für Wachstum und Beschäftigung zu erwarten sind. Die sich anschließenden Beiträge stellen die so genannten Kompetenzcluster näher vor. Insbesondere ihre Bedeutung für Art, Umfang und Perspektiven künftiger Beschäftigungsentwicklung werden durch kenntnisreiche Praktiker erläutert. Das beginnt mit Karl-Rainer Fabig, Vorsitzender des „Ausschuss Umweltmedizin“ der Hamburger Ärztekammer, der den Cluster „Life Sciences“ und die Dringlichkeiten im Gesundheitswesen vorstellt. Dem schließt sich Holger Artus, Betriebsratsvorsitzender der Hamburger Morgenpost, an mit der Frage „IT und Medien – kein Druck mehr aus Hamburg?“ Bernt Kamin, Betriebsratsvorsitzender der Gesamthafenarbeiter Hamburg, behandelt die Entwicklung des Hafens und geht der Frage nach, wie angesichts der zweifellos prosperierenden Entwicklung des Containerumschlags die Beschäftigungsperspektiven sind. Der hohe Bekanntheitsgrad Hamburgs ist untrennbar mit dem Namen Airbus verbunden. Also fragt Bernd Niklas, Gesamtbetriebsratsvorsitzender der Lufthansa Technik AG: Hebt Hamburg (weiterhin) ab mit Lufthansa und Airbus? Außer-

dem soll der Band die Frage beantworten, auf welche Weise und mit welchen Folgen das Konzept der wachsenden Stadt viele Bürgerinnen und Bürger konfrontiert, Folgen, die in der Veranstaltungsreihe als „schrumpfendes Gemeinwesen“ gekennzeichnet wurden. Zu befürchten ist, dass trotz aller publikumswirksamen Senatsprojekte die zentralen Fragen nach ausreichendem und bezahlbarem Wohnraum, nach sicheren und notwendigerweise steigenden Arbeitsplatzperspektiven und hinreichender Sozialstaatlichkeit mit dieser Senatspolitik nicht beantwortet werden. Wolfgang Rose, Vorsitzender des ver.di Landesbezirks Hamburg, stellt Vorschläge zu einem wachstums- und beschäftigungspolitischen Alternativkonzept vor.

Linke Alternativen zur Konzeption der wachsenden Stadt

Linkspartei.PDS und WASG in Hamburg hatten schon während des Bundestagswahlkampfes vereinbart, eine stadtpolitische Konferenz zum obigen Thema durchzuführen. Dieser findet nun am 26.11. statt. Dabei spielen folgende Überlegungen eine Rolle, die hier nur stichwortartig angedeutet werden:

Die Vorbereitung und Durchführung der Konferenz soll dazu beitragen, bisherige programmatische Ansätze und Ausarbeitungen zu sichten, gemeinsame Fragestellungen herauszuarbeiten und erste Schritte zu tun zu gemeinsamen Leitlinien für eine linke, oppositionelle Landes- und Kommunalpolitik in der Metropole Hamburg. Verbunden damit ist angestrebt, mit der Konferenz und über sie hinaus gemeinsame Strukturen zu schaffen, in denen die ergebnisorientierte gemeinsame Arbeit organisiert wird, und zwar offen, demokratisch und gleichberechtigt.

Gelingt dies, bekäme die Neuformierung der Linken in Hamburg ein solides Fundament. Diese Neuformierung ist ein Prozess, der sich in der Entwicklung einer gemeinsamen, Vielfalt zulassenden Programmatik und in der Entfaltung linker Kritik und Praxis niederschlagen muss. Ein wichtiges und vor dem Hintergrund des guten Bundestagswahlergebnisses nicht mehr aussichtsloses Ziel sind die Bürgerschaftswahlen und die Wahlen zu den Bezirksversammlungen in gut zwei Jahren.

Bis jetzt sind für die Konferenz sechs inhaltliche Arbeitsbereiche geplant, aus denen dann jeweils auch wieder einzelne Arbeitsgruppen zu eingegrenzteren Themen gebildet werden könnten:

- Arbeit, Finanzen, Wirtschaft • Bildung • Raumordnung und Verkehr • Umwelt und Energie • Gesundheit, Soziales, Sicherheit • Friedensstadt Hamburg, (interkulturelles) Zusammenleben in der sozialen Stadt

scc

„Gesellschaft mit begrenzter Haftung“

1993 veröffentlichte Pierre Bourdieu seine umfangreiche Studie „La misère du monde“ (dt. „Das Elend der Welt“). Mit umfangreichen Interviews mit Menschen aus unterschiedlichen sozialen Schichten hatte Bourdieu damals zusammen mit seinen Forscherkollegen ein Abbild der Verhältnisse in der französischen Gesellschaft geschaffen, das auf sehr viel Aufmerksamkeit stieß. In dem Werk kamen vor allem auch Menschen zu Wort, deren Sorgen und Probleme für gewöhnlich ohne Beachtung bleiben.

Nun haben, inspiriert durch Bourdieu, Kristina Schulz und Franz Schultheis als Herausgeber den Versuch unternommen, etwas Ähnliches für die Bundesrepublik zu schaffen. Die Studie trägt den Titel „Gesellschaft mit begrenzter Haftung“ und basiert auf der koordinierten Interview-Arbeit von 30 Forschern in den Jahren 2002 und 2003. Entstanden sind dabei etwa 50 Lebensgeschichten aus Deutschland, die einen nachdrücklichen Eindruck von den Veränderungen in der Gesellschaft der Bundesrepublik hinterlassen. Die Studie entstand mit Unterstützung der Hans-Böckler-Stiftung und der Deutschen Forschungsgemeinschaft.

Die Interviews gruppieren sich um fünf Schwerpunktthemen herum: Wandel der Arbeitswelt, Veränderungen in Ostdeutschland nach der deutsch-deutschen Vereinigung, Erziehung und Bildung, „Sinnstifter“ und Menschen, die an den Rändern der gesellschaftlichen Mitte leben.

In einem einleitenden Aufsatz befasst sich Prof. Michael Vester, u. a. Autor der Studie „Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel“, mit den aktuellen Vorstellungen zur Gliederung der bundesdeutschen Gesellschaft. In dem Aufsatz enthalten ist eine 2004 aktualisierte grafische Darstellung der Clusterbildung der Sozialen Milieus in Westdeutschland und die ständische Stufung der Bildungswege.

Vor den eigentlichen Interviews finden sich in einem Aufsatz von Berthold Vogel zusammenfassend Thesen zur neuen Prekarität der Erwerbsarbeit. Beschrieben wird der grundlegende Wandel von Systemen des Statuserhalts, der Statussicherung und der Abstiegsvermeidung hin zu Systemen, die bestenfalls nur noch materielle Grund-sicherung bereithalten. Die Arbeitswelt wird als brüchiger, prekärer und ungewisser erlebt. Die Interviews bringen diesen Sachverhalt zum Ausdruck.

Die in der Studie angewandte, von

Bourdieu maßgeblich geprägte Methode der Interview-Technik sorgt für eine schonungslose, ehrliche und unverblünte Offenlegung der Verhältnisse. Jedes Interview wird ergänzt durch eine präzise Beschreibung der jeweiligen sachlichen und persönlichen Umstände, unter denen das Interview stattfand, und eine Zusammenfassung der Aussagen.

In der Schlussbetrachtung schreibt der Mitherausgeber Franz Schultheis:

„Die vorliegende Studie greift einen schon bekannten und bewährten Forschungsansatz auf, beruhend auf einer spezifischen Kombination theoretischer Perspektiven, wahlverwandter methodologischer Orientierungen und empirischer Zugänge, vor allem auch besonderer forschungsethischer und -politischer Motive und Absichten. Dieser von Bourdieu und Mitarbeitern entwickelte Ansatz wurde kritisch reflektiert und diskutiert, weitergeführt und an die gegebenen gesellschaftlichen Bedingungen hiezulande übertragen. Es handelte sich um ein umso schwierigeres Unternehmen, als ein sich aus allen Ecken der Republik rekrutiertes Kollektiv von 30 Forschern an ihm wirkte. Das Produkt trägt alle Spuren seines Entstehungszusammenhangs, im Positiven wie im Negativen. Es zu einem, das heißt dem hier vorgelegten, Abschluss zu bringen, war nicht leicht. Wir hatten das Gefühl, auf einer noch offenen Baustelle zu agieren. Das zu erstellende Mosaik zeichnet sich in wichtigen Konturen, manchmal klar umrissen, manchmal schemenhaft, oft pointiert, viel öf-

ter aber noch zögernd ab, und es bleibt zu hoffen, dass sich der Leser ein Bild von ihm machen kann. Diese offenkundigen Schwächen gehen nicht allein aufs Konto einer stets tastenden und provisorischen soziologischen Konstruktion des Forschungsgegenstandes, sondern sind Letzterem immanent. Er ist nicht nur von schwindelerregender Komplexität und bunt schillernder Vielfalt, sondern darüber hinaus auch von atemberaubender Wandelbarkeit.

Wir konnten hier nur, wie anfangs betreffs der gewählten verstehenden Methode dargelegt, sehr begrenzte Momentaufnahmen vorlegen. Viele weitere solcher Aufnahmen aus unterschiedlichen Perspektiven wären nötig, um dem noch verschwommenen Gesellschaftsbild mehr Dichte und Konturen zu verleihen. Es handelt sich unserer Auffassung nach um eine offene Baustelle, an der weitergearbeitet werden muss, so wie unsere Studie neben weiteren in verschiedenen Nachbarländern vorgelegten oder in Arbeit befindlichen Arbeiten ähnlicher Ausrichtung Teil eines von Pierre Bourdieu initiierten und inspirierten Forschungszusammenhangs ist.

So bietet es sich denn auch abschließend an, das vorliegende Buch als eine Hommage an Pierre Bourdieu zu verstehen, einem für uns vorbildlichen Sozialwissenschaftler und Intellektuellen, der immer, wenn man versuchte ihm Lorbeer anzutragen, um Person und Werk zu ehren, entgegnete, man solle sich doch lieber „an die Arbeit machen“.

brr

Franz Schultheis, Kristina Schulz (Hg.)



Gesellschaft mit begrenzter Haftung

Zumutungen und Leiden im deutschen Alltag



Franz Schultheis,
Kristina Schulz (Hrsg.)
Gesellschaft mit begrenzter Haftung,
UVK Verlagsgesellschaft
mbH, Konstanz 2005,
Broschiert, 591 Seiten
ISBN 3-896695371,
29 Euro

Zu den Herausgebern:

Franz Schultheis ist Soziologe und Dekan der soziologischen Fakultät der Universität Genf.

Kristina Schulz ist Historikerin und promovierte an den Universitäten Bielefeld und Paris 7, Denis-Diderot. Seit 2002 ist sie als wissenschaftliche Mitarbeiterin im Fachbereich Soziologie an den Universitäten Neuchâtel und Genf für ein Forschungsprojekt zur Sozialanalyse der deutschen Gesellschaft verantwortlich.

21. Oktober bis 13. November, Rundreise irakischer Gewerkschafter. Im Herbst d. J. werden zwei AktivistInnen der GUOE aus Basra – Frau Boshrah A. Abbood und Herr Taha A. Ibrahim Breshdi – nach Deutschland kommen. Folgende Termine stehen bereits fest: • Fr. 21.10. Berlin – DGB Haus Keithstraße 1-3 (U-Bahn Wittenburgplatz) 19.00 Uhr • Mo. 24.10. Kiel • Di. 25.10. Hamburg • Do. 27.10. Hannover • Mo. 30.10. Duisburg • Di. 1.11. Bonn • Mi. 2.11. Frankfurt • Do. 3.11. Marburg/Gießen • Fr. 4.11. Heidelberg • Mo. 07.11. Freiburg • Di. 8.11. Tübingen • Mi. 9.11. Stuttgart • Do. 10.11. Augsburg • Fr. 11.11. München • Sa. 12.11. Berlin. Veranstalter und Unterstützer: attac-Gruppen, Deutscher Friedensrat usw. Näheres: www.labournet.de/internationales/iq/irak-tour05.html

26. Oktober. Berlin: (geplant) *Zentrale Jubiläumsveranstaltung mit Großem Zapfenstreich der Bundeswehr am Reichstag aus Anlass 50 Jahre Bundeswehr* + Aktionen der Friedensbewegung www.kampagne.de

28./29. Oktober. Rüsselsheim. 10. gewerkschaftspolitische Konferenz der PDS

4./5. November, Berlin. *Musikland Deutschland - Wie viel kulturellen Dialog wollen wir?* Veranstalter: Der Deutsche Musikrat. Deutschland ist ein Standort kultureller Vielfalt. Im Zusammenhang mit der Zuwanderung ausländischer Mitbürger und deren Integration spielt die Frage nach dem Eigenen und dem Anderen in der politischen und gesellschaftlichen Diskussion eine immer wichtiger werdende Rolle.

11.-13. November, Berlin. *Kapitalismus reloaded. Imperialismus - Empire - Hegemonie.* Die internationale Konferenz Kapitalismus reloaded fragt nach der neuen Struktur des globalen Kapitalismus, nach Politik und Macht, Produktion und Kämpfen. Sie wird die linken Debatten um Konzepte wie Imperialismus, Empire, Hegemonie und Neoliberalismus miteinander ins Gespräch bringen und anhand dessen Kampfli-

Foren zur gesellschaftspolitischen Diskussion von Linkspartei.PDS und WASG

Der Länderrat der WASG hat am 9. Oktober beschlossen, auf Bundesebene eine Serie von überregionalen Foren durchzuführen. Träger und damit Gestalter der Foren sind bislang: die Rosa-Luxemburg-Stiftung, Helle Panke – Regionalstiftungen der RLS, Wissenstransfer, Verein Wahlalternative Arbeit & soziale Gerechtigkeit und die Zeitschrift Sozialismus.

(1. und 2. haben bereits stattgefunden)

3. Perspektiven der Linkspartei am 29./30. Oktober in Frankfurt am Main. Einschätzungen zum Herkommen, Stand und Perspektiven der Linkspartei; Anforderungen an die Linkspartei aus feministischer und migrationspolitisch-antirassistischer Sicht.

4. Die Zukunft der Linken und der demokratische Sozialismus am 4./5. November in Berlin

5. Bildungsreform und Wissensgesellschaft am ? in München.

6. Rechtsextremismus, soziale Frage und Neoliberalismus am ? in Stuttgart (?)

7. In der Stagnationsfalle – Perspektiven kapitalistischer Entwicklung am 9./10. Dezember in Berlin

8. Kultur und Wissenschaft im 21. Jahrhundert am ? in ?

9. Frauenaufbruch – Geschlechterdemokratie als Herausforderung des 21. Jahrhunderts am ? in ?

10. Hundert Tage Merkel-Regierung. Erste Zwischenbilanz mit Folgerungen für die parlamentarische und außerparlamentarische Linke am 14. Januar 2006 in Köln

11. Perspektiven des europäischen Sozialmodells am 28. Januar 2006 in ?

nien und Möglichkeiten des Eingreifens deutlich machen. Veranstalter: ak analyse & kritik, Arranca – Assoziation für kritische Gesellschaftsforschung, Bildungswerk Berlin der Heinrich Böll Stiftung e.V., BuKo Arbeitsschwerpunkt Weltwirtschaft, Bund demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (BdWi), Das Argument, Fantomas, FelS, Helle Panke, Kritik & Praxis Berlin, Linksruck, PROKLA, Rosa Luxemburg Stiftung, Sand im Getriebe (attac), Sozialismus, Sozialistische Zeitung Soz, WISSENtransfer. www.kapitalismus-reloaded.de

14.-17. November. Karlsruhe. SPD-Bundesparteitag (Vorstandswahlen)

19./20. November. Nürnberg. 60 Jahre Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozess, Gerichtssaal 600, Bärenschanzstr. 72, Veranstalter: Menschenrechtsbüro der Stadt Nürnberg. www.menschenrechte.nuernberg.de

25.-27. November, Nürnberg. *Gewerkschaftspolitischer Workshop: Gewerkschaften in der „Globalisierungsfalle“ – Widerstandszentrum oder Auslaufmodell?* mit Fr. 19 Uhr Horst Schmitthenner: „Strategien gewerkschaftlichen Handelns – Wege aus der Defensive“. Sa. 9.30 Uhr Conrad Schuler (ISW): „Globalisierung bedeutet vor allem, dass die Unternehmen sich von den Interessen der Belegschaften abkoppeln“. Sa. 14 Uhr: Diskussion mit Wolfgang Ziller und Johann Rösch „Globalisierung und Arbeitsplatzvernichtung vor Ort. (z.B. Karstadt/Quelle, FAG Kugelfischer Schweinfurt, AEG, Siemens). Was kann Widerstand vor Ort erreichen?“. So. 10 Uhr Wird ein „linker Brei“ gerührt – oder wächst jetzt zusammen, was zusammen gehört ? Diskussion mit Thomas Händel (Mitgründer der WASG) und Harald Werner (bis dato gewerkschaftspolitischer Sprecher der PDS).

10./11. Dezember. Dresden. 3. Tagung des 9. Parteitags der Linkspartei.PDS. „Die Bundesrepublik nach der Wahl und die Herausforderungen für die politische Linke“, Statutänderung Doppelmitgliedschaft, Kommunalpolitische Leitlinien.

Vorschau auf Wahlen

Jahr	Monat	Land		Termin	Wahlperiode
2006	März	Hessen	Kommunal	26.3.	5 Jahre
	März	Baden-Württemberg	Landtag	26.3.	5 Jahre
	März	Rheinland-Pfalz	Landtag	26.3.	5 Jahre
	März	Sachsen-Anhalt	Landtag	26.3.	4 Jahre
	Sept.	Niedersachsen	Kommunal	10.9.	5 Jahre
	Herbst	Meck.-Pomm.	Landtag		4 Jahre
	Herbst	Berlin	Landtag		5 Jahre

Quelle: www.bundeswahlleiter.de